



Kantonaler Klimaplan (KKP) des Staats Freiburg (2021– 2026)

Vernehmlassungsbericht



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Service de l'environnement SEn
Amt für Umwelt AfU

Inhaltsverzeichnis

1	Hintergrund und Beteiligung	3	3.12	Massnahmen	19
2	Allgemeine Bewertung	4	3.12.1	Kommentare zur Massnahme M.5.2	19
3	Zusammenfassung der Kommentare nach Themengebieten	6	3.12.2	Massnahmen des KKP und des Massnahmenportfolios zugunsten der nachhaltigen Entwicklung	20
3.1	Vision und Ziele	6	3.12.3	Kommentare zur Massnahme A.3.1	20
3.2	Zeitplan für die Implementierung des KKP	7	3.12.4	Kommentare zur Massnahme E.3.1	20
3.3	Suprakantonale Koordination	7	3.12.5	Kommentare zur Massnahme C.1.3	21
3.4	Partizipativer Prozess	8	3.12.6	Kommentare zur Massnahme W.2.1	21
3.5	Kosten des KKP	10	3.12.7	Kommentare zur Massnahme W.1.7	21
3.6	Wirksamkeit der Massnahmen	11	3.12.8	Freiwillige Massnahmen	21
3.7	Der KKP und andere sektorielle Strategien	13	3.12.9	Priorisierung der Massnahmen	22
3.8	Die Kosten des Nichthandelns	13	3.12.10	Vorschläge für neue Massnahmen	22
3.9	Die Treibhausgasbilanz	14	4	Schlussfolgerung	23
3.10	Arten von Massnahmen	15	4.1	Allgemeine Bewertung	23
3.11	Achsen	15	4.2	Wichtigste vorzunehmende Änderungen	23
3.11.1	Allgemeine Kommentare zu den Achsen	15	4.2.1	Partizipativer Prozess	23
3.11.2	Kommentare zur Achse M Mobilität	16	4.2.2	Monitoring der Auswirkungen der Massnahmen	23
3.11.3	Kommentare zur Achse E Energie und Gebäude	17	4.2.3	Die Kosten des Nichthandelns	23
3.11.4	Kommentare zur Achse A Landwirtschaft und Ernährung	17	4.2.4	Die Treibhausgasbilanz	23
3.11.5	Kommentare zur Achse C Konsum und Wirtschaft	18	4.2.5	Massnahmen des KKP	23
3.11.6	Kommentare zur Achse T Transversal	19	A1	Anhang	25
			A1.1	Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden	25
			A1.2	Abkürzungsverzeichnis	30

1 Hintergrund und Beteiligung

Die Umsetzung einer kantonalen Klimastrategie zählt zu den Zielen des Regierungsprogramms 2017. Die Arbeiten zur Erstellung eines kantonalen Klimaplan (KKP) haben 2018 mit der Einstellung einer Klimabeauftragten, der Ausarbeitung einer kantonalen Treibhausgasbilanz sowie der Analyse der Risiken und Chancen des Klimawandels für den Kanton und die verschiedenen davon betroffenen Sektoren begonnen. Der kantonale Klimaplan und sein Massnahmenkatalog sind das Ergebnis eines partizipativen Prozesses, zu dem verschiedene Workshops und der Austausch mit zahlreichen Fachleuten, Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen sowie der Wirtschaft zählten.

In seiner Sitzung vom 12. Oktober 2020 bewilligte der Staatsrat die Vernehmlassung zum kantonalen Klimaplan (KKP), die zwischen 16. Oktober 2020 und 16. Januar 2021 stattgefunden hat. Der vorliegende Vernehmlassungsbericht berücksichtigt auch die nach dieser Frist eingegangenen Antworten.

Die Vernehmlassung bestand aus einem strukturierten Fragebogen. Die Vernehmlassungsunterlagen sowie die Liste der Organisationen, um deren Stellungnahme gebeten wurde, können auf der Website des Staates unter folgender Adresse eingesehen werden: <https://www.fr.ch/de/rubd/afu/news/der-staatsrat-lanciert-seinen-klimaplan-115-massnahmen-zur-bewaeltigung-einer-der-groessten-herausforderungen-des-21-jahrhunderts>. Insgesamt sind 99 Antworten von Organisationen eingegangen (siehe A1.1). Wir möchten uns bei allen Teilnehmenden für ihre Stellungnahme bedanken.

Der vorliegende Vernehmlassungsbericht fasst die Kommentare nach Themenbereichen zusammen, damit die unterschiedlichen Überlegungen und Wünsche auf bestmögliche Weise dargestellt werden können. Des Weiteren fasst er den Inhalt der Antworten zur Vernehmlassung sowie die daraufhin von der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) verfassten Antworten zusammen. Die Stellungnahmen können auf Anfrage eingesehen werden (sen@fr.ch).

2 Allgemeine Bewertung

Insgesamt fallen die in den Fragebogen zur Vernehmlassung gegebenen Antworten zum KKP positiv aus. Die nachfolgende Tabelle stellt das Ergebnis der Antworten auf quantitative Weise dar.

Fragebogen	Ja	Nein
1.1. Erscheinen Ihnen die einleitenden Erklärungen zu den Klimaszenarien, zu ihren Auswirkungen und zur Klimapolitik stichhaltig?	88%	12%
1.2. Fehlen in diesem ersten Kapitel wesentliche Themen?	26%	74%
1.3. Sind die Abbildungen aus Ihrer Sicht relevant?	84%	16%
2.1. Sind die Erklärungen in Kapitel 2 verständlich?	94%	6%
2.2. Fehlen Schlüsselkategorien in der Kohlenstoffbilanz?	19%	81%
2.3. Sind die Abbildungen aus Ihrer Sicht relevant?	87%	13%
3.1. Erscheinen Ihnen die Erklärungen zur Vision, Organisation und Arbeitsmethode stichhaltig?	68%	32%
3.2. Sind die Abbildungen aus Ihrer Sicht relevant?	96%	4%
4.1. Sind die Erläuterungen zur Strategie sachdienlich?	86%	14%
4.2. Wurden aus Ihrer Sicht die richtigen Achsen gewählt?	87%	13%
4.3. Würden Sie die gewählten Arten von Massnahmen als stichhaltig bezeichnen?	62%	38%
4.4. Sind die Abbildungen aus Ihrer Sicht relevant?	94%	6%
4.5. Sind Sie der Meinung, dass die Massnahmenkataloge die notwendigen Informationen enthalten (Überschrift, Beschreibung, verantwortliche Stellen, geschätzte Kosten)?	68%	32%
5.1. Sind die Erklärungen in Kapitel 5 ausreichend?	69%	31%

Der Grossteil der Teilnehmenden, darunter die CVP, die FGV sowie 11 Gemeinden schätzen die Popularisierung wissenschaftlicher Erkenntnisse im KKP. Gruyère Energie bestätigt, dass das Sprachniveau des Texts und der Abbildungen ein gutes Verständnis des umfangreichen Themas ermöglicht. Das GS¹-VWD betont, dass die Darstellung des Dokuments gelungen ist und die klimatischen Herausforderungen, mit denen der Kanton konfrontiert ist, gut zu verstehen sind. Die UNIFR ist ebenfalls allgemein der Auffassung, dass der KKP verständlich ist.

Der PNR, die Gemeinden Val-de-Charney und La Roche, die CVP sowie SINEF AG schätzen die Länge des Berichts. Die FGV und 12 Gemeinden bewerten die Struktur des Dokuments als positiv. Des Weiteren betonen auch das SpA, das SoA sowie der S2, dass der Bericht sehr gut strukturiert ist.

Das FOA, das SoA, das ITA, die CVP, die Grünen, der PNR, die Gemeinden Val-de-Charney und Attalens, REPER, die KlimaSeniorinnen, Ökostrom AG und Agroscope schätzen die Abbildungen. Das SoA bekräftigt, dass die Abbildungen den Inhalt der Informationen auf sinnvolle Weise vermitteln. Das BBA schätzt die Mischung von Abbildungen und Texten und sagt, dass die Tabellen klar sind und den Sachverhalt gut zusammenfassen.

Das DOA begrüsst die Vernetzung der zahlreichen Akteurinnen und Akteure um dieses Projekt. Das GS-GSD ist der Ansicht, dass die Aufteilung der Arbeiten sowie der Verantwortlichkeiten im KKP klar dargestellt werden und er in diesem Sinne eine Basis für die sektorenübergreifende Arbeit ist.

¹Die Abkürzung « GS » bedeutet «Generalsekretariat».

REPER stellt fest, dass der ehrgeizige Plan Hoffnung erzeugt und den Eindruck vermittelt, nicht mehr hilflos zu sein. Das Centre ROSAS empfindet den Bericht als sehr informativ und konkret. SAIDEF AG begrüsst die konkreten Massnahmen, die das Unternehmen als motivierend empfindet. Auch die Gemeinde Freiburg schätzt die konkreten Massnahmen.

Allgemein befürwortet der Grossteil der Teilnehmenden den zur Vernehmlassung vorgelegten Bericht. Somit stellt die Mehrheit der befragten Organisationen weder das Ziel, die Strategie, den Inhalt noch die Struktur des Klimaplanes in Frage. Die befragten Parteien stimmen mit dem Vorgehen und den Vorschlägen überein und unterstützen sie. Es kam jedoch zu einer grösseren Anzahl Kommentare hinsichtlich der vorgeschlagenen Massnahmen. Daran kann abgelesen werden, wie komplex es ist, ein Gleichgewicht zwischen dem einsetzenden Bewusstsein für den Klimanotstand und der tatsächlichen Umsetzbarkeit radikaler und richtungsweisender Massnahmen zu finden. Der Klimaplan ist das Ergebnis eines langen Diskussions- und Abstimmungsprozesses innerhalb des Staats sowie mit externen Akteurinnen und Akteuren. Aufgrund dieses Vorgehens konnte eine solide und ausgeglichene Strategie mit pragmatischen und schrittweisen – aber umsetzbaren – Massnahmen erzielt werden.

An dem zur Vernehmlassung vorgelegten Dokument müssen deshalb bei der Erstellung der überarbeiteten definitiven Fassung, in welche die Kommentare der Teilnehmenden integriert werden, nur geringfügige Änderungen vorgenommen werden.

3 Zusammenfassung der Kommentare nach Themengebieten

3.1 Vision und Ziele

Verschiedene Organisationen (die Klima-Grosseltern, die UNIFR, die Grünen, die CVP sowie die Gemeinde Cheyres-Châbles) sind der Auffassung, dass der KKP zu bescheiden ausfällt, es ihm an Ehrgeiz mangelt oder sein Diskurs zu gemässigt ist. Den Klima-Grosseltern zufolge sollte der KKP deshalb den Begriff des Klimanotstands enthalten. Die CVP vertritt die Auffassung, dass der KKP nicht innovativ und ehrgeizig genug ist.

Der KKP der ersten Generation präsentiert einen vollständigen Massnahmenkatalog, mit dem in den betroffenen Bereichen eine Anpassung an den Klimawandel erzielt und die Treibhausgasemissionen der stark emittierenden Bereiche reduziert werden können. Er stärkt die bereits bestehenden Massnahmen, wie das Gebäudeprogramm, sowie die Entwicklung des öffentlichen und des Langsamverkehrs. Im Bereich der Verminderung lehnt sich der KKP an die nationalen Ziele an. Aufgrund der Tatsache, dass die Massnahmen mit zahlreichen Expertinnen und Experten ausgearbeitet wurden, ist eine gute Machbarkeit bei der Umsetzung der Projekte gewährleistet. Durch einen Vergleich zwischen dem Monitoring der Emissionsentwicklung und dem Emissionsminderungspfad kann zudem der Nutzen der Massnahmen beurteilt und die Klimastrategie für den für 2027 vorgesehenen KKP der zweiten Generation verbessert werden. Hierfür können bei Bedarf die Massnahmen nach ihrer Wirksamkeit priorisiert werden (Kosten-Nutzen-Analyse). Ausserdem hat die Gesetzgebungsarbeit zur Verankerung des Klimaplanes begonnen, wodurch die kantonale Klimastrategie (Entwurf für ein kantonales Klimagesetz) gestärkt wird. Wir möchten auch daran erinnern, dass der Kanton Freiburg zu den ersten Kantonen zählt, die eine umfassende Klimastrategie ausgearbeitet haben. In dieser werden die klimatischen Herausforderungen für den Kanton (Risikoanalyse und Treibhausgasbilanz) analysiert, Ziele festgelegt und Massnahmen für die Bereiche Anpassung und Verminderung vorgeschlagen. Die Ausführungen des Berichts stützen sich auf die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und verschweigen keine Informationen. Unser Bemühen ist es, die gesamte Gesellschaft für die Umsetzung der Klimaschutzmassnahmen zu gewinnen. Daher versucht der Bericht, das Gleichgewicht zu finden zwischen der Notwendigkeit, an den Ernst der Lage zu erinnern, und der Hoffnung, hierzu auf pragmatische Weise Lösungsstrategien umsetzen zu können. Gleichzeitig versucht er, das komplexe Thema sowohl von der wissenschaftlichen Seite als auch auf einer von der gesamten Öffentlichkeit nachvollziehbaren Weise darzustellen.

Verschiedene Organisationen (insbesondere die KlimaSeniorinnen, die CVP, die SVP, der FAV und die HIFK) sind der Ansicht, dass die vom KKP vorgeschlagenen Massnahmen nicht einschneidend und prioritär genug sind und/oder dass der KKP zu viele kleine und mit geringen Kosten verbundene Massnahmen enthält. Deshalb wünschen die KlimaSeniorinnen, dass für die am stärksten emittierenden Sektoren einschneidende Massnahmen ergriffen werden, damit das gesteckte Ziel erreicht werden kann. Auch die SVP kritisiert den Mangel an weitreichenden Vorschlägen (beispielsweise für die Entwicklung der Solar- und Windkraft) anstelle einer Vielzahl kleiner Massnahmen, wie Weiterbildungs- und Sensibilisierungstage. Der FAV stellt fest, dass der KKP zu sehr nach dem «Giesskannenprinzip» funktioniert und für zahlreiche Massnahmen zu geringe Beträge vorsieht. Die HIFK und die CVP sind der Auffassung, dass die Zahl der Massnahmen im Vergleich zu den Kosten des Klimaplanes zu hoch ausfällt und es besser ist, sich auf die effizientesten Massnahmen zu beschränken.

Der KKP schlägt eine Klimastrategie vor, die auf lokaler und kantonaler Ebene zu wahrnehmbaren Auswirkungen führt. Hierfür bedarf es eines holistischen Ansatzes, der verschiedene Massnahmen beinhaltet, grosse wie kleine. Es ist genauso wichtig, Massnahmen anzubieten, die an der Quelle des Problems ansetzen (Pfeiler «Minderung»), wie Massnahmen, die es dem Kanton ermöglichen, sich an die neuen Klimabedingungen anzupassen (Pfeiler «Anpassung»). Die Priorisierung eines Themas oder eines Bereichs käme, für beide Pfeiler gesehen, einer subjektiven Beurteilung gleich. Dies trifft besonders auf den Pfeiler Anpassung zu. So wäre beispielsweise die Priorisierung einer Massnahme, welche die Widerstandsfähigkeit der Biodiversität fördert, im Vergleich mit einer Massnahme, die Hitzeinseln im urbanen Raum entgegenwirkt (oder umgekehrt), nicht stichhaltig, da beide Massnahmen für den jeweiligen Bereich wichtig sind.

Der KKP setzt deshalb den ihm zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum ein und schlägt für alle Sektoren und Themenbereiche Lösungen vor. Die Beurteilung der Wirksamkeit der Massnahmen schafft die Grundlage zur Verbesserung der Strategie bei der Ausarbeitung des KKP der zweiten Generation. Die Vorstellung, nur einige Kernmassnahmen zur Hand zu haben, erscheint nicht sachdienlich, da somit bestimmte strategische Achsen oder Handlungsfelder komplett gestrichen werden müssten.

Was die Ziele des KKP anbelangt, sind die Grünen der Auffassung, dass diese nicht ausreichend sind. Auch die CVP und die Gemeinde La Roche sind der Ansicht, dass es dem KKP an Ehrgeiz mangelt und nur das vorgeschlagen wird, was bereits anderenorts gemacht wird. Die KlimaSeniorinnen möchten gerne das Ziel festlegen, die THG bis 2030 um 60 % zu reduzieren. Der WWF Freiburg wünscht sich eine Grafik, welche die Entwicklung der aktuellen Emissionen sowie den Emissionsminderungspfad aufzeigt, durch den die Ziele erreicht werden können. Pro Natura Freiburg ist der Ansicht, dass die Ziele realistisch sind und erreicht werden müssen. Die SVP weist darauf hin, dass der Klimawandel ein globales Problem ist und nicht allein auf kantonaler Ebene gelöst werden kann.

Der Staat Freiburg möchte in Anlehnung an den Bund seine Treibhausgasemissionen (im Vergleich zu 1990) bis 2030 um die Hälfte reduzieren und bis 2050 das Netto-Null-Ziel erreichen. Diese Ziele sind ehrgeizig und erreichbar. Damit das Ziel und die Auswirkungen des KKP klarer dargestellt werden können und der Vorschlag des WWF Freiburg aufgenommen werden kann, wird eine Grafik eingefügt, die den bisherigen kantonalen Emissionsverlauf aufzeigt sowie den Emissionsminderungspfad, durch den die Ziele erreicht werden können. Anhand der Ergebnisse der nächsten kantonalen Treibhausgasbilanzen kann der tatsächliche Ausstoss mit der vom Emissionsminderungspfad vorgesehenen Menge verglichen werden. Auf diese Weise kann ermittelt werden, inwieweit die Ziele erreicht wurden. Bis 2026 muss der Massnahmenplan entsprechend der Ergebnisse des KKP der ersten Generation abgeändert werden oder eine neue Richtung erhalten.

3.2 Zeitplan für die Implementierung des KKP

Der WWF, die Klima-Grosseltern, die KlimaSeniorinnen und Pro Natura sind der Auffassung, dass die Aktualisierung des KKP in 5-jährigen Abständen nicht reaktiv genug ist und möchten, dass regelmässige Abstände eingeführt werden. Pro Velo ist hingegen der Ansicht, dass der Zeitplan zur Umsetzung der Massnahmen dicht ist und freut sich über die zügige Ausführung.

Der Kampf gegen den Klimawandel erfordert die Umsetzung schnell anwendbarer Massnahmen, bedarf aber auch einer tiefgehenden Transformation der Gesellschaft und ihrer Funktionsweisen. Daher erscheint ein 5-jähriger Zeitplan für die Lancierung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung der Massnahmen angemessen. Es erscheint nicht möglich, die verschiedenen Aufgaben, die im Zusammenhang mit allen Massnahmen auszuführen sind, in einem kürzeren Zeitraum zu bewältigen. Ausserdem bedarf es einer gewissen Latenzzeit, damit die Wirksamkeit der Massnahmen beobachtet werden kann. Dies gilt insbesondere für Projekte, die keine vorherige Grundlage besitzen. Es kommt noch eine weitere grosse Aufgabe hinzu und dies ist die Ausarbeitung des KKP der zweiten Generation, der auf den Ergebnissen des KKP der ersten Generation aufbauen wird. Der KKP besitzt in den 5 Jahren, die für seine Umsetzung geplant sind, eine gewisse Flexibilität, damit notwendige Anpassungen erfolgen können. Hierzu zählt u. a. ein Überprüfungsmechanismus.

3.3 Suprakantonale Koordination

Zahlreiche Organisationen wünschen sich eine verstärkte Zusammenarbeit des KKP mit den anderen Kantonen und dem Bund. Deshalb ist nach Ansicht des FGV und von 11 Gemeinden ein interkantonaler Vergleich der vorgesehenen Massnahmenarten unerlässlich. Die CVP und die Gemeinden La Roche und Bösinggen betonen die Notwendigkeit, die Überlegungen sowie das Handeln mit den anderen Kantonen, insbesondere den Nachbarkantonen, zu koordinieren. Im selben Zusammenhang wünschen sich die CVP und der S2, dass die Frage der suprakantonalen Zusammenarbeit besser thematisiert wird. Die Grünliberalen ermutigen den Kanton, sich von den Beispielen guter Praxis (Ressourceneinsparung, Mobilität und Bauten/Renovierungen) aus den Nachbarkantonen inspirieren zu lassen. Die Klima-Grosseltern sind der Ansicht, dass sich die interkantonale Koordination nicht nur auf Austauschtreffen

beschränken soll. Die CVP wünscht sich auch in der Praxis eine engere Zusammenarbeit mit dem BAFU und dem BFE.

Der Staat Freiburg ist sich selbstverständlich darüber bewusst, dass der Kampf gegen den Klimawandel nur dann wirksam sein kann, wenn er mit gemeinsamen Aktionen auf interkommunaler, interkantonaler und internationaler Ebene geführt wird. Deshalb arbeitet er bereits jetzt eng mit allen anderen Kantonen zusammen, sei es durch eine Koordinationsgruppe der französischsprachigen Kantone, einer Koordination unter Federführung des BAFU oder in bilateralen Austauschsitungen (siehe Kap. 3.2.2 des KKP). Jeder Kanton macht seine Erfahrungen, testet und tauscht sich dann mit den anderen aus. Durch die Koordinationsgruppe der französischsprachigen Kantone konnte die Stiftung Carbon Fri² gefördert werden, deren Vorgehensweise nun im Kanton Wallis repliziert wird. Damit ist der Kanton Freiburg auch ein Beispiel für andere Kantone. Er wird in regelmässigen Abständen über den Fortgang der Arbeiten in den anderen Kantonen informiert und die Nachbarkantone bitten ihn oft um Informationen und Wissensaustausch. Was den interkantonalen Vergleich anbelangt, ist anzumerken, dass der Kanton Freiburg zu den ersten Kantonen zählt, die eine umfassende Klimastrategie vorlegen. Die Treibhausgasbilanzen der Kantone können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht miteinander verglichen werden, da bislang nur wenige Kantone diese Bewertung durchgeführt haben. Jedoch ist die Aufteilung der Klimastrategien in zwei Bereiche («Anpassung» und «Verminderung») und strategische Achsen oft ähnlich. Obwohl die von den Kantonen vorgeschlagenen Massnahmen variieren können, sind die behandelten Schwerpunkte in der Regel dieselben. Aufgrund dieser Tatsache bitten die Kantone den Bund um Unterstützung, damit Instrumente entwickelt werden können, anhand derer die verschiedenen kantonalen Klimastrategien verglichen werden können. Der Bund ist zwar tatsächlich die richtige Ebene, die eine solche Übersicht anbieten kann, noch hat er den Kantonen aber nicht geantwortet. Es besteht auch eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen dem Staat Freiburg und dem Bund. Der Informationsaustausch über die letzten Entwicklungen in der nationalen Klimapolitik findet bei regelmässigen Austauschsitungen statt. Was die finanzielle Unterstützung anbelangt, so erhält der Staat Freiburg Unterstützung für das Colibri-Projekt³, die insbesondere die Organisation der Klima-Lunches beinhaltet. Leider ist diese Hilfe aber bislang unzureichend. Die Kantone sollen vom Bund durch den im totalrevidierten CO₂-Gesetz vorgesehenen Klimafonds bei ihren Klimaprojekten finanziell stärker unterstützt werden können. Dieser Klimafonds muss noch im Juni 2021 von der Bevölkerung genehmigt werden.

3.4 Partizipativer Prozess

Der FGV und 12 Gemeinden weisen darauf hin, dass sich die Gemeinden aktiv an der Ausarbeitung des KKP beteiligen möchten. Der FGV schlägt vor, dass diese aufgrund bestimmter Kriterien (Grösse, Regionen, Sprachen, städtisch bzw. ländlich usw.) vertreten werden können. Die Gemeinde Grolley ist der Auffassung, dass die Gemeinden beim partizipativen Prozess nicht ausreichend beteiligt wurden. Die Gemeinde Arconciel betont, dass es wichtig und unerlässlich ist, die Gemeinden so früh wie möglich an der Ausarbeitung des KKP zu beteiligen. Auch die Gemeinden Cheyres-Châbles und Villars-sur-Glâne wünschen sich mehr Informationen über die Einbindung und Beteiligung der Gemeinden bei der Umsetzung des KKP. Die Gemeinde Arconciel ist der Auffassung, dass die Gemeinden in die Arbeitsgruppen sowie bei der Überprüfung und Aktualisierung des KKP einbezogen werden sollen.

Der Staat Freiburg ist der Ansicht, dass die Zusammenarbeit mit den Gemeinden sowohl bei der Ausarbeitung des KKP als auch bei der Umsetzung der Massnahmen von ausschlaggebender Bedeutung ist. Deshalb wurde 2020 eine Koordination mit den Gemeinden initiiert (ein Treffen mit den französischsprachigen und ein Treffen mit den deutschsprachigen Gemeinden). Bei diesen Treffen erhielten die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden

²Die Stiftung Carbon Fri fördert die Emissionsreduktion durch Freiburger Unternehmen, indem sie das Label «Carbon Fri» an die Unternehmen vergibt, die sich zur Verminderung ihrer Emissionen verpflichten und pro Tonne an emittiertem CO₂ einen Beitrag an die Stiftung leisten.

³Ziel des Colibri-Projekts ist es, die gesamte Kantonsverwaltung sowie ihre Mitarbeitenden für die Herausforderungen des Klimawandels zu sensibilisieren. Dies geschieht insbesondere durch die Organisation von Konferenzen zu verschiedenen Themen, die mit dem Klimawandel in Zusammenhang stehen, den sogenannten «Klima-Lunches».

Informationen über die klimatischen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert werden könnten, sowie dem Inhalt des KKP, der damals in Vernehmlassung war. Zudem wurden Workshops durchgeführt, um die von den Gemeinden bislang eingeleiteten Massnahmen sowie ihre Erwartungen und Bedürfnisse kennenlernen zu können. Damit die Zusammenarbeit zwischen dem Staat Freiburg und den Gemeinden um die klimatischen Herausforderungen fortgesetzt und weiterentwickelt werden kann, sind auf dieser Grundlage weitere Treffen geplant. Leider konnten aus organisatorischen Gründen nicht alle interessierten Akteurinnen und Akteure am partizipativen Prozess beteiligt werden. Auch musste die zur Ausarbeitung notwendige Agilität und Geschwindigkeit gewährleistet bleiben. Aufgrund der Teilnahme der FGV an den Arbeitsgruppen waren die Gemeinden dennoch seit Beginn des Prozesses an den Arbeiten beteiligt. Zudem soll die Einbindung der Gemeinden, so wie dies in Kapitel 3.1. dargestellt wird, durch die gesetzliche Verankerung der Klimastrategie präzisiert werden.

Mehrere Organisationen (die HIKF, die CVP, die Gemeinde La Roche, die VWD sowie der FAV) sind der Auffassung, dass der KKP zu sehr auf die Verwaltung ausgerichtet ist und der Wirtschafts- und Industriesektor nicht ausreichend in den Prozess integriert wurden. Die HIFK hebt zudem die Überrepräsentation von Umweltgruppen in den Arbeitsgruppen hervor sowie die schwache Repräsentation der Wirtschaft, des Agrarsektors, des Tourismus sowie der Immobilienbranche. Der HIFK zufolge sollte die Wirtschaft, insbesondere der Gebäude- und der Industriesektor, bei den weiteren Arbeiten am KKP vertreten sein. Auch die CVP und die Gemeinde La Roche kritisieren die Überrepräsentation von Verwaltungsmitarbeitenden als Mitwirkende am KKP und wünschen, dass externe Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und Persönlichkeiten aus der Industrie und dem Handwerk in den COPIL aufgenommen werden. Die VWD hebt gleichermassen die mangelnde Bereitschaft des KKP hervor, Partnerschaften mit Industrie und Wirtschaft, und dies insbesondere über ihre Dachverbände, zu schaffen. Im gleichen Sinne erwartet auch der FAV die Beteiligung von Wirtschaftsakteurinnen und -akteuren, Hochschulen und die Universität.

Die Beteiligung und das Engagement der Wirtschaft, insbesondere der Gebäude- und der Industriebranche, sind grundlegend für den Erfolg des kantonalen Klimaplanes. Der Staat Freiburg hat deshalb die Teilnahme an den Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung des KKP nicht beschränkt; das Gegenteil ist der Fall. Es waren auch Vertreterinnen und Vertreter verschiedener externer Organisationen, die nicht mit der Verwaltung in Zusammenhang stehen, an der Ausarbeitung des KKP der ersten Generation beteiligt. Dieser ist jedoch hauptsächlich auf Massnahmen ausgerichtet, die auf Ebene der Verwaltung und ihrer Dienststellen durchgeführt werden können. Daher waren Vertreterinnen und Vertreter der HIKF, des FBV, der FPE sowie der FAV an den partizipativen Workshops beteiligt, aus denen die Grundlage des KKP hervorgegangen ist. Diese waren zudem an bilateralen Austauschsitzen zu bestimmten spezifischen Massnahmen mit der Sektion Klima beteiligt. Die Einbindung von Wirtschaft und Industrie zeigt sich auch daran, dass Groupe E, die GESA, die TPF, Ökostrom AG sowie BFF AG an den partizipativen Workshops teilgenommen haben. Weitere Organisationen, die nicht der Verwaltung angehören, haben sich am partizipativen Prozess beteiligt, insbesondere der FTV, der PNR, Terroir Freiburg, die HTA-FR, das Centre ROSAS, das Centre TRACE sowie der Cluster Food & Nutrition.

Der KKP der zweiten Generation wird auf spezifischere Weise die Wirtschaft, die Industrie sowie akademische Kreise betreffen. Daher muss ihre Teilnahme bei der Ausarbeitung und Umsetzung des KKP verstärkt werden. Darüber hinaus sieht der Entwurf des kantonalen Klimagesetzes die Einrichtung einer beratenden Kommission vor, an der sich insbesondere Wirtschaftsakteurinnen und -akteure und die Wissenschaft beteiligen sollen. Zudem ist vorgesehen, die Gemeinden sowie den Wirtschafts- und Industriesektor über den KKP hinaus zu unterstützen, damit die Anpassung an den Klimawandel und die Emissionsreduktion rasch und mit Nachdruck vorantreiben kann.

Die Grünen und der WWF kritisieren, dass der partizipative Prozess zu schwach ausgefallen ist. Der WWF möchte die genaue Zusammensetzung der Arbeitsgruppen kennen, um beurteilen zu können, ob die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure ausreichend integriert wurden oder nicht. Um einer solch unvollständigen Beteiligung entgegenzuwirken zu können, fordert der WWF die Einrichtung eines unabhängigen Klimaobservatoriums (in das Hochschul-, Umwelt-, Wirtschafts- sowie gesellschaftliche Kreise usw. eingebunden sind), damit wirklich alle Akteurinnen und Akteure an der Entwicklung, der Umsetzung und dem Monitoring des KKP beteiligt werden

können. Die UNIFR versteht nicht, weshalb ihre Expertinnen und Experten nicht an der Entwicklung des KKP beteiligt wurden.

Die Umwelt- und Klimaschutzverbände waren in den partizipativen Workshops, aus denen die Grundlage des KKP hervorgegangen ist, gut vertreten. Es haben je 4 Vertreterinnen und Vertreter von Klimastreik sowie der KlimaSeniorinnen und weitere Vertreterinnen und Vertreter von Pro Natura Freiburg, des WWF Schweiz, des VCS Freiburg, dem Verein der Grande Cariçaie und den Artisans de la transition an den Austauschsitzen teilgenommen.

Im Hinblick auf die akademische Welt bleibt anzumerken, dass die verwendeten Studien, insbesondere die Klimaszenarien CH2018, aus der Zusammenarbeit von MeteoSchweiz mit der akademischen Welt stammen und diese Arbeit die Grundlage des kantonalen Klimaplanes ist. Auch haben seit der Ankunft von Professor Ivo Walimann-Helmer am neuen Lehrstuhl für Environmental Humanities zahlreiche informelle Kontakte mit ihm stattgefunden. Er hat insbesondere an einem Klima-Lunch teilgenommen und seine Darstellung der ethischen Basis wurde in den KKP aufgenommen (siehe Kap. 4.1 KKP).

Während der Ausarbeitung des KKP der zweiten Generation sollen mit allen Bereichen Gespräche geführt werden, damit möglichst repräsentative Arbeitsgruppen gebildet werden können. Um dem Wunsch nach einer stärkeren Einbindung externer Organisationen nachzukommen, wurde zudem für die Gesetzgebungsarbeiten zum Klimagesetzentwurf, so wie es auch der WWF Freiburg vorgeschlagen hat, die Einrichtung einer beratenden Kommission vorgesehen.

Die CVP und die Gemeinde La Roche wünschen eine konkrete Beteiligung der gesamten Bevölkerung sowie der Unternehmen. Dies soll auch durch finanzielle Anreize, und nicht nur durch Mittel der Sensibilisierung und Kommunikation, erreicht werden. Die Gemeinde Grolley fordert eine hervorragende Kommunikation mit der Bevölkerung und die Beteiligung der Behörden auf allen Ebenen, während die Gemeinde Plaffeien die Bürgerinnen und Bürger durch leicht verständliche Botschaften sensibilisieren und zum Mitmachen motivieren möchte. Der S2 fordert die Umsetzung nachhaltiger und sichtbarer Massnahmen, welche die gesamte Bevölkerung zum klimagerechten Denken und Handeln anregen. Die VWD fordert mehr Unterstützung für private Akteurinnen und Akteure.

Der partizipative Ansatz des Staates Freiburg besteht aus 3 Ebenen, der Sensibilisierung, der Information sowie dem Engagement. Es erscheint naheliegend, dass das Engagement der Bevölkerung sowie der Akteurinnen und Akteure zunehmen wird, sobald die ersten anreizorientierten Massnahmen umgesetzt werden. Dieser erste KKP soll die Gesamtbevölkerung des Kantons Freiburg dazu anregen, dass alle sich aktiv auf ihrer Ebene an der Erreichung der Klimaziele beteiligen. Dieses Ziel wird von der Kommunikationsstrategie des KKP sowie einiger Massnahmen der ersten Generation unterstützt, indem sie der Gesellschaft als Ganzes (Kantonsverwaltung, Gemeinden, Unternehmen sowie die allgemeine Öffentlichkeit) mit Begleitmassnahmen bei den klimatischen Herausforderungen beisteht. Die Website meinklimaplan.fr.ch (Massnahme T.1.3 des KKP) dient mit ihrer Plattform dem Austausch aller Akteurinnen und Akteure der Freiburger Gesellschaft und befasst sich mit Themen rund um die klimatischen Herausforderungen sowie Wegen zu deren Bewältigung. Auf dieser Plattform finden sich Berichte von Bürgerinnen, Bürgern, Landwirtinnen, Landwirten sowie Unternehmen zu vorbildlichen Aktionen im Hinblick auf den Klimawandel. Durch die Massnahme T.1.3 möchte der KKP dieses Instrument und andere Werkzeuge weiterentwickeln, damit sich eine zunehmende Anzahl Freiburger Bürgerinnen und Bürger beteiligen kann.

3.5 Kosten des KKP

Ein Grossteil der Teilnehmenden (insbesondere die Grünen, Pro Natura, der WWF, die Klima-Grosseltern, die UNIFR, REPER, die HIFK sowie SINEF AG) ist der Ansicht, dass der für den KKP veranschlagte Betrag zu gering ausfällt. Die Grünen stellen fest, dass er nicht dazu ausreicht, auf die im KKP beschriebene Dringlichkeit zu reagieren, weshalb der Klimaplan als nicht umsetzbar erscheint. Die HIFK ist der Ansicht, dass der Betrag niedrig ausfällt, diese Vorsicht aber mit der aktuellen Situation erklärt werden kann.

Die Grünen möchten verstehen, auf welche Weise der Gesamtbetrag auf die unterschiedlichen Massnahmen verteilt wurde. Die Klima-Grosseltern verstehen nicht, ob sich der Betrag auf 5 oder 6 Jahre bezieht. Sie denken auch, dass sich andere Strategien, Projekte, Direktionen und staatliche Dienststellen an der Finanzierung beteiligen und möchten den Betrag erfahren. Zudem möchten sie die Zusammenhänge zwischen dem Klimaplan, dem Gebäudeprogramm, dem kantonalen Energiefonds, der Strategie Nachhaltige Entwicklung und der künftigen Strategie Biodiversität besser verstehen. Pro Natura ist auch der Ansicht, dass der Zusammenhang zwischen den Kosten des KKP und den anderen Politikbereichen nur unzureichend erläutert wird. Die CVP sagt, dass die Gesamtkosten unterschätzt wurden. BFF AG ist der Ansicht, dass das Budget zu spärlich ausfällt und es besser ist, die Ressourcen auf weniger Projekte zu konzentrieren. Die HIFK teilt auch die Auffassung, dass die Anzahl Massnahmen angesichts des Betrags eingeschränkt werden sollte.

Die voraussichtlichen Kosten des KKP werden für den Zeitraum 2021–2026 (KKP der ersten Generation), d. h. für eine Dauer von 6 Jahren, auf 22,8 Millionen Franken geschätzt. Dieser Betrag dient ausschliesslich und spezifisch der Umsetzung der Massnahmen der ersten Fassung des KKP. Dabei gilt 2021 als Pilotjahr für die Umsetzung der als «dringend» eingestuften Massnahmen. Ihre Kosten belaufen sich auf 1,25 Millionen Franken und sind im Gesamtbudget des KKP enthalten.

Der KKP hat zudem über den Plan zur Stützung der Wirtschaft für das Jahr 2021 eine Unterstützung für die als «dringend» eingestuften Massnahmen erhalten. Dieser Anteil, der sich direkt auf die Klimathematik bezieht, beträgt 540 000 Franken.

Der KKP sieht eine adäquate Koordination mit den anderen sektorspezifischen und sektorenübergreifenden Politiken und Strategien vor und vermeidet gleichzeitig Doppelspurigkeiten. Dabei werden bestehende Massnahmen verstärkt und neue ehrgeizige Massnahmen vorgeschlagen. Die verschiedenen Massnahmen sollen über die im Plan genannten Dienststellen ausgeführt und der Grad ihrer Umsetzung regelmässig anhand eines Monitoring-Instruments und von Indikatoren bewertet werden. Die Klimapolitik und die Massnahmen werden im Anschluss an jedes Monitoring des Massnahmenplans, d. h. in 5-jährigen Abständen, und entsprechend der Wirksamkeit der Massnahmen angepasst.

Der zur Umsetzung jeder Massnahme benötigte Betrag wurde mit den jeweiligen Verantwortlichen festgelegt. Er hängt vor allem vom Personalbedarf, den direkten Projektkosten sowie der Art der Massnahme ab (eine Sensibilisierungsmassnahme kostet im Allgemeinen weniger als ein konkretes Projekt vor Ort).

Die anderen von den Teilnehmenden angeführten Programme und Strategien, wozu insbesondere das Gebäudeprogramm, der kantonale Energiefonds, die Strategie Nachhaltige Entwicklung sowie die künftige Strategie Biodiversität zählen, sind eigenfinanziert.

Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass eine genaue und eindeutige Bestimmung der Beträge, die in Programme und Strategien für das Klima investiert werden (hierzu zählen insbesondere das Gebäudeprogramm, der kantonale Energiefonds, die Strategie Nachhaltige Entwicklung sowie die künftige Strategie Biodiversität), sehr heikel ist. Denn die Auswirkung von bestimmten Geldbeträgen auf das Klima lässt sich innerhalb bestimmter Sektoren und Strategien nur schwer messen. Der Staatsrat und seine Dienststellen arbeiten jedoch im Rahmen der Antwort auf einer im Grossen Rat eingereichten Volksmotion an solch einer Aufgabe (die Volksmotion 2020-GC-83 «500 Millionen für Klima- und umweltfreundliche Massnahmen im Kanton Freiburg» wird derzeit ausgearbeitet). Die Antwort auf diese Motion, die sich derzeit in Ausarbeitung befindet, wird genauere Informationen liefern.

3.6 Wirksamkeit der Massnahmen

Eine grosse Anzahl Vernehmlassungsteilnehmende (insbesondere die Grünen, die Grünliberalen, die HIFK, die Gemeinde Hauteville, die UNIFR, Pro Natura, die Klima-Grosseltern, der WWF, die Arbeitsgruppe Klima und Energie des WWF Freiburg, BFF AG sowie der KUND) erachten es als notwendig, die Wirksamkeit der Massnahmen zur Emissionsreduktion zu quantifizieren. Dies ermöglicht die Priorisierung der Massnahmen sowie die Festlegung des Grads der Zielerreichung. Gemäss der Grünen trägt nämlich nur eine geringe Anzahl der Massnahmen des Katalogs zur Emissionsreduktion bei. Sie gehen davon aus, dass, auch wenn die Auswirkungen manchmal nur schwer zu messen sind, der Zusammenhang zwischen Massnahme und Ziel klar herstellbar sein muss. Zudem sind

die Grünen der Ansicht, dass die Massnahmen anhand der von ihnen zu erwartenden Auswirkungen priorisiert werden müssen. Die VWD befürwortet die Umsetzung von weniger Massnahmen, deren Auswirkungen hingegen quantifizierbar sein sollen. Die HIFK ist der Auffassung, dass, auch wenn eine präzise Schätzung nicht immer möglich ist, dem KKP ein Emissionsminderungspfad fehlt, dessen Ziel durch die Gesamtheit der Massnahmen erreicht werden kann. Auch wenn die FRC verstehen kann, dass es nicht möglich ist, alles zu quantifizieren, würde sie die Aufnahme von Schätzungen begrüßen, anhand derer die Auswirkungen jeder Massnahme abgeschätzt und die Massnahmen priorisiert werden können. Das ITA erkennt die Komplexität des Themas und ist gleichermaßen der Ansicht, dass der KKP mehr auf die Quantifizierung der Wirksamkeit der Massnahmen eingehen soll. Auch die Gemeinde Freiburg kritisiert die Tatsache, dass zwar die Umsetzung der Massnahmen beurteilt werden soll, nicht aber deren Auswirkungen. Die Klima-Grosseltern sowie BFF AG wünschen, dass für jede Achse Unterziele zur angestrebten Reduzierung festgelegt werden.

Der Staat Freiburg teilt die Auffassung der Vernehmlassungsteilnehmenden, dass es unerlässlich ist, einen Zusammenhang zwischen der Wirksamkeit der Massnahmen und den angestrebten Zielen herzustellen. Aus diesem Grund hat er zuerst eine Treibhausgasbilanz erstellen lassen, anhand derer der Ursprung der Belastungen identifiziert sowie geeignete und vorrangige Massnahmen getroffen werden können.

Damit der Zusammenhang zwischen Massnahmen und Zielen klar dargestellt werden kann, wird eine Grafik mit dem bisherigen kantonalen Emissionsverlauf sowie dem Emissionsminderungspfad, durch den die Ziele erreicht werden sollen, eingefügt. Anhand der Ergebnisse der nächsten Treibhausgasbilanzen (die nächste findet 2025 statt und danach alle 5 Jahre) kann der tatsächliche Ausstoss mit der im Emissionsminderungspfad vorgesehenen Menge verglichen und somit der Grad der Zielerreichung festgestellt werden. Der KKP der zweiten Generation (2027–2032) kann daher entsprechend des Grads der Zielerreichung des KKP der ersten Generation (2022–2026) sowie der auf Bundesebene über das CO₂-Gesetz umgesetzten Massnahmen ausgearbeitet werden. Um zu einer verständlicheren Darstellung der in allen Sektoren zu leistenden Anstrengungen zu gelangen, sieht die Massnahme T.1.1 für jede Achse des Pfeilers Verminderung Unterziele vor. Die Strategie der Wirkungskontrolle der nationalen Klimapolitik folgt derselben Logik. Bei der Lancierung der mit dem CO₂-Gesetz zusammenhängenden Instrumente wurde keine genaue Quantifizierung der Auswirkungen durchgeführt. Da es in der Regel nicht möglich ist, kausale Zusammenhänge zwischen einzelnen Massnahmen und den Auswirkungen herzustellen, werden Letztere in allgemeiner Form anhand der Entwicklung des nationalen Treibhausgasinventars bewertet. Ausserdem beruhen einige positive Auswirkungen auch auf Ursachen, die nicht mit der Klimastrategie zusammenhängen. Sollten die Emissionen allgemein nicht in ausreichendem Masse absinken, bedeutet dies, dass die Wirksamkeit der Instrumente ungenügend ist und sie angepasst werden müssen.

Zu Beginn der Umsetzung wird der erwartete Emissionsrückgang bei den dafür geeigneten Massnahmen als Ergebnisindikator festgelegt. Dennoch ist die Quantifizierung der von den Massnahmen erwarteten Auswirkungen (in Form eines quantifizierbaren Emissionsrückgangs) leider nur für eine sehr begrenzte Anzahl Massnahmen möglich. Erstens verfügt der Kanton Freiburg oft nicht über die Daten der Emissionen, die spezifisch auf seinem Gebiet oder durch seine Aktivitäten verursacht werden (beispielsweise die Menge der verbrauchten fossilen Brennstoffe), weshalb sehr oft nationale Daten auf den Freiburger Kontext bezogen werden müssen. Es ist aber nicht möglich, die Auswirkungen der Freiburger Massnahmen anhand der Entwicklung von Daten nationalen Ursprungs zu evaluieren. Zweitens können aufgrund der Komplexität der mit gewissen Massnahmen verbundenen Prozesse, die Auswirkungen sehr oft nicht in Zahlen ausgedrückt werden. So ist es beispielsweise nicht möglich, die Emissionen, die durch kurze Lieferketten eingespart werden, zu berechnen, auch nicht in grober Form. Auch können die Auswirkungen der Massnahmen der verschiedenen kantonalen Klimastrategien nicht von denen der nationalen Klimapolitik unterschieden werden. Vielmehr tragen alle Aktionen in unterschiedlichem Masse zur Erreichung der Klimaziele bei. Der Staat Freiburg ist nicht der Ansicht, dass nur quantifizierbare Massnahmen zuverlässig und wirksam sind. Das Ziel des KKP liegt darin, dem Kanton zu helfen, auf die Verwendung fossiler Energien zu verzichten, weshalb jede Massnahme, die den Verbrauch dieser Energieträger zu reduzieren vermag, wichtig ist. Es sollte auch angemerkt werden, dass die Massnahmen des Bereichs Anpassung von Natur aus qualitativer Natur sind. Ausserdem ist zu bedenken, dass die Wirksamkeit jeder Massnahme anhand von Indikatoren bewertet werden kann, unabhängig der Tatsache, ob sie quantifizierbar ist oder nicht. Die jeder Massnahme zugeordneten Indikatoren ermöglichen ein Monitoring, das sich am allgemeinen Ziel des KKP orientiert.

3.7 Der KKP und andere sektorielle Strategien

Viele Organisationen (insbesondere der FGV, 13 Gemeinden, der S2, Pro Natura, der WWF, die Klima-Grosseltern, der PNR, die ILFD und die Grünen) wünschen, dass der Zusammenhang zwischen dem KKP und den anderen Strategien, wie der Strategie Nachhaltige Entwicklung oder des Gebäudeprogramms, besser erklärt wird. Der FGV und 11 Gemeinden hoffen daher, dass das Klima in den sektoriellen Strategien, insbesondere für den Wald, wie auch den regionalen Richtplänen Berücksichtigung findet und auch umgekehrt der KKP die bestehenden Strategien nicht in Frage stellt. Den Gemeinden zufolge soll sich der KKP in diese unterschiedlichen Ziele einfügen, aber zu keinen weiteren Verpflichtungen oder Vorgaben führen. Gleichermassen ist die Gemeinde Villars-sur-Glâne der Auffassung, dass die Rolle eines solchen Plans darin besteht, die bestehenden Planungen und Strategien unter dem klimatischen Gesichtspunkt zu unterstützen und zu ergänzen, ihnen aber nicht zu widersprechen oder zu Doppelspurigkeiten zu führen. Zudem wünschen der FGV, 12 Gemeinden wie auch REPER, dass der Zusammenhang zwischen dem KKP und der Strategie Nachhaltige Entwicklung besser erklärt wird. Pro Natura möchte bezüglich desselben Themas verstehen, wie die Vereinbarkeit zwischen den Massnahmen des KKP mit den anderen sektoriellen Strategien (Nachhaltige Entwicklung, Energie, Strategie Biodiversität) gewährleistet wird. Der WWF und die Klima-Grosseltern sind der Ansicht, dass der KKP dazu Anlass geben sollte, die klimatischen Auswirkungen aller laufenden Projekte des Staats zu bewerten. Der PNR und die Gemeinde Val-de-Charney wünschen auch eine wirksame Koordination zwischen dem KKP, der Strategie Nachhaltige Entwicklung sowie der zukünftigen Strategie Biodiversität, damit Synergien gefördert und Doppelspurigkeiten vermieden werden können. Auch die ILFD macht darauf aufmerksam, dass eine gute Koordination mit der Strategie Nachhaltige Entwicklung unerlässlich ist. Für die Grünen muss die Koordination mit der Strategie Nachhaltige Entwicklung verstärkt werden, um zu vermeiden, dass sich der KKP auf bestimmte Ziele der nachhaltigen Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goal) negativ auswirkt. Die Klima-Grosseltern schlagen den Einsatz eines Tools vor, das die Nachkontrolle und die Entwicklung von 5 Programmen, d. h. dem KKP, der Strategie Biodiversität, dem Gebäudeprogramm, der Strategie Nachhaltige Entwicklung sowie dem kantonalen Energiefonds ermöglicht. Durch dieses Tool könnte eine gute Koordination zwischen den Programmen, dem Monitoring der Ergebnisse, der Transparenz der Aktivitäten sowie der Finanzierung ermöglicht werden.

Auf der Ebene der Umsetzung der Massnahmen ist die gute Koordination des KKP mit den anderen sektoriellen Strategien und Politiken durch die Integration einer grossen Anzahl Dienststellen in die verschiedenen Projekte des KKP gewährleistet, deren Aufgabe in der Umsetzung der anderen Strategien liegt. Dieses Vorgehen macht Synergien zwischen den bestehenden Massnahmen und Strategien sichtbar und gleichzeitig können Widersprüche und Redundanzen vermieden werden. Wenn verschiedene Ämter an einem Projekt zusammenarbeiten, können eventuelle Interessenskonflikte zwischen verschiedenen Themengebieten vorweggenommen werden und es kann, bei Bedarf, darauf reagiert werden. Aufgrund der Tatsache, dass alle Direktionen im COPIL vertreten sind, erhält diese direktionenübergreifende und interdisziplinäre Vorgehensweise zudem auf der strategischen Ebene Bestand. Eine gute Koordination zwischen dem KKP und der Strategie Nachhaltige Entwicklung wird insbesondere durch die Tatsache gewährleistet, dass beide Strategien einem gemeinsamen COPIL angehören.

Zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten und Widersprüchen werden im Anhang die bereits bestehenden Massnahmen vorgestellt, durch welche den klimatischen Herausforderungen begegnet werden kann. Die meisten Massnahmen des KKP sind neu oder verstärken die bereits bestehenden sektoriellen Strategien, weshalb sich der KKP sowie die nicht mit dem KKP in Zusammenhang stehenden Massnahmen und Strategien ergänzen.

3.8 Die Kosten des Nichthandelns

Das Unterkapitel *Die Kosten des Nichthandelns* wird aus verschiedenen Gründen kritisiert: Die HIFK findet es nicht konkret genug, während sich die Grünliberalen mehr bibliographische Quellen wünschen. Der WWF Freiburg und die Bewegung Klimastreik sind der Auffassung, dass die Kosten des Nichthandels völlig unterschätzt werden und die durch Kriege, Hungersnöte und Migration bedingten Risiken darin keine Berücksichtigung finden. Die Gemeinde Freiburg, die Arbeitsgruppe Klima und Energie des WWF Freiburg sowie die Klima-Grosseltern kritisieren die rein

monetäre Ausrichtung dieses Unterkapitels. Die Klima-Grosseltern, die CVP sowie die Gemeinde La Roche wünschen eine stärkere Betonung der positiven Auswirkungen des Klimawandels.

Dieses Kapitel sollte die möglichen finanziellen Konsequenzen des Klimawandels darstellen, um über ein weiteres Argument für die Notwendigkeit zum Handeln zu verfügen. Es wird als Antwort auf die verschiedenen Kommentare überarbeitet und um die nicht bezifferbaren Kosten und die positiven Auswirkungen des Klimawandels ergänzt. Zudem wird sein Inhalt durch weitere bibliographische Quellen gestützt.

3.9 Die Treibhausgasbilanz

Einige der Teilnehmenden begrüssen die Erklärungen des 2. Kapitels, während andere den Inhalt als zu technisch und kaum zugänglich empfinden. Das ITA versteht die Erklärungen und die Grünen bewerten die Analyse der klimatischen Situation als klar und aussagekräftig. Die KlimaSeniorinnen sind hingegen der Ansicht, dass dieses Kapitel für die breite Öffentlichkeit kaum zugänglich ist. Auch der FAV und die CVP sind der Meinung, dass die Erklärungen in diesem Kapitel zu technisch sind. Die CVP und die Gemeinde La Roche möchten wissen, an welche Zielgruppe sich der Inhalt richtet. Manche Kommentare wünschen weitere Erklärungen, insbesondere zu bestimmten Kategorien der Treibhausgasbilanz. Der PNR und die Gemeinden Val-de-Charmey und Freiburg sagen, dass die Kategorie «Gewerbe, Wohnen, Land- und Forstwirtschaft» zu breit gefasst ist und unterteilt werden soll. Auch die ILFD hat den Eindruck, dass diese Bezeichnung nicht klar ist. Der PNR und die Gemeinde Val-de-Charmey sind hingegen der Auffassung, dass die mit der Landwirtschaft in Zusammenhang stehenden Emissionen zusammengefasst werden können. Das Centre ROSAS versteht den Sinn der Kategorie «Kapitalbildung / Auslandsinvestitionen» nicht. Das Centre ROSAS, die Gemeinde Val-de-Charmey und der PNR möchten, dass die Treibhausgasbilanz auch die aus der Digitalisierung stammenden Emissionen erfasst. Die GS-ILFD wünscht, dass der Export im Kanton produzierter Nahrungsmittel sowie das Kohlenstoffspeicherpotenzial der Landwirtschaft in die Treibhausgasbilanz aufgenommen werden. Die FDP ist der Auffassung, dass die Emissionen, die aus dem Import Schweizer Nahrungsmittel stammen, von denjenigen zu unterscheiden sind, die an den Import aus dem Ausland gebunden sind.

Die Treibhausgasbilanz beruht auf der ISO-Norm 14064, weshalb auch die Kategorien von ihr vorgegeben sind. Die Kategorien der direkten Emissionen basieren auf dem National Inventory Report (NIR). Im KKP wurden die Kategorien jeder Achse dem Bereich Verminderung zugeordnet. Eine vereinfachte Version der Treibhausgasbilanz wird noch online zur Verfügung gestellt. Der NIR kann unter <https://www.bafu.admin.ch/bafu/en/home/topics/climate/state/data/climate-reporting/latest-ghg-inventory.html> aufgerufen werden.

Pro Velo, der WWF und die Klima-Grosseltern begrüssen die Berücksichtigung der indirekten Emissionen in der Treibhausgasbilanz. Agroscope weist hingegen darauf hin, dass bei den indirekten Emissionen ein Problem mit der Systemgrenze besteht. Der CVP zufolge ist die Treibhausgasbilanz komplett und gut ausgearbeitet, weshalb sich der KKP zur Setzung klarer Prioritäten mehr auf die daraus resultierenden Ergebnisse stützen soll. Der WWF kritisiert die Tatsache, dass obwohl der Grossteil der Emissionen ausserhalb des Kantons erzeugt wird, nur ein kleiner Teil der Massnahmen an dieser Stelle ansetzt.

Der Staat Freiburg verteidigt die Einbeziehung der indirekten Emissionen in seine Treibhausgasbilanz. Auch wenn der KKP auf dem Ergebnis der Treibhausgasbilanz aufbaut, soll darauf hingewiesen werden, dass die Verteilung der Emissionen auf Sektoren nicht der einzig wichtige Parameter für die Ausarbeitung der Massnahmen ist. Bestimmte Emissionen können direkt durch die Entscheidungen des Staates Freiburg beeinflusst werden, während der Handlungsansatz bei anderen Kategorien beschränkter ausfällt. Da die indirekten Emissionen vor allem über Sensibilisierungsmassnahmen beeinflusst werden können, ist der Handlungsspielraum hier geringer als bei den meisten direkten Emissionen.

Der FGV, 11 Gemeinden, die Grünliberalen und die VWD wünschen einen Vergleich der Treibhausgasbilanz des Kantons mit den Treibhausgasbilanzen der anderen Kantone (ähnliche Kantone) sowie mit derjenigen der Schweiz.

Was den interkantonalen Vergleich anbelangt, ist anzumerken, dass der Kanton Freiburg zu den ersten Kantonen zählt, die eine umfassende Klimastrategie vorgelegt haben. Da diese Berechnung bislang nur von wenigen anderen Kantonen durchgeführt wurde, ist ein Vergleich der Treibhausgasbilanzen der verschiedenen Kantone zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

3.10 Arten von Massnahmen

Verschiedene Befragte (die VWD, die FDP, die Grünen, die Grünliberalen, die HIKF, der PNR wie auch die Gemeinden Freiburg, Cheyres-Châbles und Val-de-Charmey) sind der Ansicht, dass der KKP die Sensibilisierungsmassnahmen zu stark betont. Die Grünen vertreten die Auffassung, dass der KKP zu viele Sensibilisierungsmassnahmen und Informationen enthält, obwohl diese vor allem dazu geeignet sind, die tatsächlichen Massnahmen zu begleiten. Sie betonen ebenfalls, dass eine ausreichende Anzahl Informationen existiert, mit denen die Umsetzung regulatorischer Massnahmen gestützt werden kann. Die Grünliberalen bedauern, dass sich der Grossteil der Massnahmen auf die Kommunikation oder die Durchführung von Studien bezieht. Die Gemeinden Freiburg, Cheyres-Châbles und die VWD sind ebenfalls der Meinung, dass der KKP die Kommunikations- und die Sensibilisierungsmassnahmen zu sehr in den Vordergrund stellt. Die HIFK vertritt die ähnliche Auffassung, dass Massnahmen des Typs «Wissen und Kommunikation» aufgrund der Bekanntheit des Themas keinen grossen Mehrwert besitzen, und es deshalb besser ist, den Grossteil des Budgets für konkrete Massnahmen einzusetzen. Der PNR und die Gemeinde Val-de-Charmey wünschen mehr konkrete Massnahmen anstelle neuer Studien. Die GS-VWD bedauert das Fehlen konkreter und den Gegebenheiten vor Ort entsprechender Massnahmen. Auch die FDP ist der Ansicht, dass sich der KKP zu sehr auf die Massnahmen «Wissen und Kommunikation» konzentriert, was zu Lasten der konkreten Massnahmen geht. Die Grünen und die FRC betonen zudem, dass Sensibilisierungsmassnahmen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu Schuldgefühlen führen können.

Es wurde, so gut dies möglich war, darauf geachtet, mit den verschiedenen Massnahmenarten einen ausgewogenen Massnahmenkatalog zu erstellen. Deshalb macht die Massnahmenart «Wissen und Kommunikation» rund ein Drittel des Gesamtkatalogs aus. Auch wurde sehr darauf geachtet, eine ausreichende Anzahl Massnahmen der Art «Sektorielle Projekte» und «Ermutigung» anzubieten (siehe Abb. 15 des KKP). Gleichermassen ist die Massnahmenart «Wissen und Kommunikation» unabdingbar. Dies gilt insbesondere für den KKP der ersten Generation. Manche Bereiche bedürfen der Unterstützung der Forschung, damit die Umsetzung konkreter, gezielter und effizienter Massnahmen gelingen kann. In anderen Bereichen, deren Ziel insbesondere die an den Konsum gebundenen indirekten Emissionen sind, stellt die Sensibilisierung einen der wenigen möglichen Handlungsansätze des Kantons dar. Ausserdem kann festgestellt werden, dass ein grosser Bedarf an Kommunikation über die klimatischen Herausforderungen besteht und es oftmals an Wissen über die spezifischen klimatischen Auswirkungen bestimmter Sektoren fehlt. Dieses Wissen ist jedoch für die Umsetzung von Massnahmen vor Ort unerlässlich.

3.11 Achsen

3.11.1 Allgemeine Kommentare zu den Achsen

Manche Teilnehmenden stellen die Aufteilung der Achsen auf die beiden Bereiche in Frage. So sind beispielsweise die Grünen der Ansicht, dass einem Grossteil der Achsen des Bereichs Verminderung auch Massnahmen aus dem Bereich Anpassung zugeordnet werden sollen (beispielsweise beim Thema Energieeffizienz, um einen erhöhten Bedarf an Elektrizität antizipieren zu können). Auch die VWD bedauert, dass sich diese drei Achsen nur auf den Bereich Anpassung beziehen. Die FDP ist der Auffassung, dass der Zusammenhang zwischen den Achsen nicht klar ist und fragt sich, wie eine Interessensabwägung durchgeführt werden kann.

Wo es erforderlich ist, berücksichtigen beide Bereiche des KKP die mit den klimatischen Herausforderungen verbundenen Themen. So wird beispielsweise der landwirtschaftliche Sektor in der Achse S des Bereichs Anpassung sowie der Achse A des Bereichs Verminderung berücksichtigt. Der Themenbereich Biodiversität ist

auch im Bereich Verminderung vertreten. Ein Beispiel hierfür ist die Achse E mit der Begrünung von Dächern. In der transversalen Achse T sind die am stärksten sektorenübergreifenden Projekte zusammengefasst.

Einige Organisationen schlagen die Aufnahme weiterer Achsen vor. So sind der PNR und die Gemeinde Val-de-Charmey der Auffassung, dass eine Achse «Kohlenstoffbindung» eingefügt werden soll, während SINEF AG eine Achse «Monitoring» wünscht. Die Arbeitsgruppe Klima und Energie des WWF Freiburg spricht sich für die Aufnahme einer Achse «Finanzierung und andere Investitionen» aus.

Der Einfachheit halber wurden im KKP eine begrenzte Anzahl Achsen vorgesehen. Es erscheint nicht sinnvoll, weitere Achsen hinzuzufügen, da die vorgeschlagenen Achsen nicht in Frage gestellt werden. Ausserdem sind die angeführten Themen bereits in die eine oder andere Achse integriert. So sind beispielsweise die sich auf Kohlenstoffsenken beziehenden Projekte in Achse A zusammengefasst. Es erscheint aber nicht angebracht, das Thema Kohlenstoffbindung als eigene Achse zu definieren, da es bislang Gegenstand verschiedener Forschungsarbeiten ist. Diesbezüglich haben der Bund und die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz (BPUK) im Mai 2021 beschlossen, eine gemeinsame Grundlage zur Ausarbeitung von Massnahmen zu schaffen (diese betreffen insbesondere die Kantone). Die Massnahmen, die sich auf die mit den Themen Finanzierung und Investitionen zusammenhängenden Emissionen beziehen, sind in der Achse C enthalten. Hinsichtlich des Monitorings der Massnahmen soll gesagt werden, dass es sich auf alle Achsen bezieht. Deshalb befindet sich diese Achse nicht auf demselben hierarchischen Niveau mit den anderen. Ausserdem handelt es sich beim Monitoring nicht um ein vom Klimawandel betroffenes Thema, es ist vielmehr ein Werkzeug zur Beurteilung der Massnahmen.

Die HIFK ist der Ansicht, dass aufgrund der Tendenz zu einer globalen Klimaerwärmung und der geringen Möglichkeit zur Einflussnahme der Schweiz, die Mittel und Massnahmen des Bereichs Anpassung verstärkt werden müssen. Dies gilt insbesondere für die Bewässerung und die Wasserversorgung.

Der KKP setzt gleichzeitig an den Ursachen des Problems (Verminderung) sowie dessen Folgen (Anpassung) an. Würde beispielsweise die Anpassung höher gewichtet als die Verminderung, würde dies anstatt zu einer Auseinandersetzung mit den Ursachen zu einer Auseinandersetzung mit den daraus resultierenden, zunehmend schwerwiegenden, Konsequenzen führen. Auch wenn die durch den Kanton Freiburg verursachten Auswirkungen auf globaler Ebene nur gering erscheinen mögen, zählt er dennoch zu den Treibhausgas emittierenden Gebieten und muss hierfür Verantwortung übernehmen.

3.11.2 Kommentare zur Achse M Mobilität

Die Grünen wünschen hinsichtlich der Achse M Mobilität, angesichts der Bereiche, in denen der Kanton zuständig ist, und der starken Motorisierung des Kantons, dass der KKP verstärkt am Transportsektor ansetzt (Kampf gegen die Auswirkungen des Strassenbaus, Finanzierung des öffentlichen Verkehrs [ÖV], Förderung des Langsamverkehrs usw.). Der WWF Freiburg ist gleichermassen der Ansicht, dass sich der Kanton hinter dem CO₂-Gesetz versteckt, um nicht handeln zu müssen. Die HIFK wünscht mehr Massnahmen, bei denen digitale Tools zum Klimaschutz eingesetzt werden (Schilder, welche in Echtzeit die Anzahl freier Plätze anzeigen oder Sensoren zum Erkennen freier Plätze usw.). Die SJD ist der Auffassung, dass der KKP mehr auf die Thematik des Flugverkehrs sowie Reisen eingehen soll. Die SVP macht darauf aufmerksam, dass die Bewohnerinnen und Bewohner dezentralisierter Gebiete, die auf den Gebrauch eines privaten Motorfahrzeugs angewiesen sind, nicht benachteiligt werden dürfen.

Die Achsen des KKP sollen für alle Bereiche, die das Klima beeinträchtigen, Massnahmen anbieten. Bei der Ausarbeitung der Massnahmen wurden die neuesten zur Verfügung stehenden Kenntnisse sowie die Ideen und das Fachwissen zahlreicher vor Ort tätiger Expertinnen, Experten, Akteurinnen und Akteure berücksichtigt. Einige der von den Teilnehmenden genannten Ideen sind bereits Bestandteil des Massnahmenkatalogs. Dies gilt insbesondere für die Ermutigung zum öffentlichen Verkehr M.2.5 (Unterstützung der Entwicklung des öffentlichen Verkehrs), zum Langsamverkehr M.1.1 (Sensibilisierung für die Verkehrsverlagerung) oder der Unterstützung der Entwicklung der Telearbeit M.3.3 (Begrenzung der Pendelreisen des Staatspersonals und Förderung der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel). Zudem wird die von der SVP angesprochene Notwendigkeit der Nutzung privater

Motorfahrzeuge in dezentralisierten Gebieten berücksichtigt. Bestimmte Massnahmen des KKP, wie die Massnahme M.2.1 (Unterstützung der Anlagen der kombinierten Mobilität und deren Entwicklung), sollen deshalb den multimodalen Verkehr fördern, der eine interessante Option für die weniger gut an den öffentlichen Verkehr angeschlossene Gebiete darstellt.

Die von der HIFK angestrebte Verwendung digitaler Tools zum Klimaschutz wird besser in die Massnahmen des KKP integriert, insbesondere in die Massnahme M.1.2 (Überlegungen zu einer Strategie für die Elektromobilität im Kanton). Der Flugverkehr und die Reisen werden direkt von der Massnahme M.3.1 (Förderung der Reduktion der Flugreisen des Staatspersonals) angesprochen. Auf Wunsch der SJD wird dieser Themenbereich auch in andere Massnahmen integriert. Hierzu zählen u. a. die Massnahmen M.1.1 (Sensibilisierung für die Verkehrsverlagerung) und C.2.4 (Unterstützung des lokalen Tourismus und der Produkte aus dem Freiburgerland). Weitere Massnahmen, insbesondere zur Förderung des Langsamverkehrs oder zu finanziellen Anreizen, sind derzeit Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens über das Mobilitätsgesetz und können, je nach politischer Entscheidung, in den Gesetzesentwurf integriert werden, der noch dem Grossen Rat vorgelegt wird.

Wenn die Ergebnisse der nächsten kantonalen Treibhausgasbilanz vorliegen, können die im KKP der ersten Generation umgesetzten Massnahmen beurteilt werden. Damit die mobilitätsbedingten Emissionen noch stärker reduziert werden können, ist es möglich, die einzelnen Achsen dem Grad der Zielerreichung entsprechend abzuändern. Bei der Ausarbeitung des Massnahmenkatalogs des KKP der zweiten Generation können neue Massnahmen in Erwägung gezogen werden.

3.11.3 Kommentare zur Achse E Energie und Gebäude

Der FAV und die CVP wünschen im Zusammenhang mit der Achse E Energie und Gebäude, dass die Fragen zur Energieeffizienz und Innovationen stärker thematisiert werden. Der WWF Freiburg wünscht, dass der KKP mehr Vorschläge davon übernimmt, was derzeit im Rahmen des kantonalen Energiegesetzes (EnGe) sowie in den Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKen) vorgeschlagen wird.

Die Massnahmen der Achse E wurden auf der Grundlage der Ideen und des Fachwissens zahlreicher vor Ort tätiger Akteurinnen und Akteure entwickelt. Einige der von den Teilnehmenden genannten Ideen sind bereits Bestandteil des Massnahmenkatalogs. Dies trifft insbesondere auf die Massnahmen zu, die auf eine Steigerung der Energieeffizienz abzielen, wie die Massnahme E.5.2 (Beratung der Eigentümer bei Renovierungen und Sanierungen), und zum Einsatz erneuerbarer Energien ermutigen, wozu insbesondere die Massnahme E.2.2 (Unterstützung der Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien) zählt.

Aufgrund der Kommentare des FAV sowie der CVP werden die Themenbereiche Energieeffizienz und Innovation noch stärker in den KKP eingebunden, insbesondere in die Massnahmen E.2.3 (Optimierung der Wärmeerzeugungssysteme) und E.5.2 (Beratung der Eigentümer bei Renovierungen und Sanierungen).

Die im KKP der ersten Generation vorgeschlagenen Massnahmen werden anhand der Ergebnisse der kantonalen Treibhausgasbilanz beurteilt. Die einzelnen Achsen können dem Grad der Zielerreichung entsprechend abgeändert werden. Bei der Ausarbeitung des Massnahmenkatalogs des KKP der zweiten Generation können auch neue Massnahmen in Betracht gezogen werden.

3.11.4 Kommentare zur Achse A Landwirtschaft und Ernährung

Die Gemeinde Düdingen ist hinsichtlich der Achse A Landwirtschaft und Ernährung der Ansicht, dass der Kanton Freiburg mit seiner bedeutenden Landwirtschaft einen positiven Beitrag leisten und somit auf nationaler Ebene zu einer umweltgerechteren Landwirtschaft beitragen kann. Die SVP wünscht sich mehr Massnahmen für die Landwirtschaft. Auch die Arbeitsgruppe Klima und Energie des WWF Freiburg ist der Ansicht, dass der Kanton Freiburg, mit den Zentren Grangeneuve und St-Aubin, einen grossen Beitrag zum Thema Landwirtschaft leisten kann. Darauf kann aufgebaut werden und die Landwirtschaft soll dabei unterstützt werden, mehr pflanzliche Nahrung für den Menschen zu produzieren. Das Centre ROSAS wünscht, dass der KKP den Staat darin unterstützt, die Mahlzeiten der Kantinen anzupassen (weniger Fleisch, lokal usw.). Es schlägt zudem die Schaffung von Gärten auf den Dächern der Staatsgebäude vor.

Die Massnahmen der Achse A wurden aufgrund der Beteiligung und den Ideen von vor Ort arbeitenden Expertinnen, Experten, Akteurinnen und Akteuren ausgearbeitet. Einige der von den Teilnehmenden genannten Ideen sind bereits Bestandteil des Massnahmenkatalogs. Dies trifft insbesondere auf die Entwicklung eines «kohlenstoffarmen» Nahrungsangebots in den Kantinen der Verwaltung zu, siehe Massnahme A.3.1 (Förderung einer kohlenstoffarmen und ausgewogenen Ernährung). Auch bleibt festzustellen, dass verschiedene Massnahmen zum Klimaschutz die Freiburger Landwirtschaft in Richtung Innovation und Beispielhaftigkeit orientieren. Dabei handelt es sich um die folgenden Massnahmen: A.1.1 (Sensibilisierung für gute Praktiken zur Förderung der Kohlenstoffspeicherung in landwirtschaftlichen Böden), A.2.1 (Förderung der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft), A.2.2 (Abwärmenutzung für Heubelüftungsanlagen), A.2.3 (Förderung von erneuerbaren Energien für die Gewächshausproduktion) sowie A.6.1 (Durchführung eines Pilotprojekts über Düngerausbringungsmethoden, welche die Auswirkungen auf das Klima verringern). Zudem zielen zahlreiche Massnahmen des KKP auf eine Anpassung der Freiburger Landwirtschaft an den Klimawandel ab. Dabei handelt es sich um folgende Massnahmen der Achse S: S.1.8 (Entwicklung neuer Versicherungsleistungen für Landwirtinnen und Landwirte) sowie S.1.11 (Erstellung von Kommunikationsmitteln zu den guten Praktiken, die der Anpassung an den Klimawandel in der Landwirtschaft dienen).

Als Reaktion auf die Fragen und Kommentare der Teilnehmenden wird das in der Landwirtschaft des Kantons Freiburg vorhandene Innovationspotenzial besser in bestimmte Massnahmen des KKP integriert. Dies soll insbesondere durch die Massnahmen S.5.12 (Organisation von Klimatagen für Landwirtinnen und Landwirte) und S.5.10 (Durchführung von Begleitmassnahmen hin zu einer klimaresilienten Landwirtschaft) geschehen.

Wenn die Ergebnisse der nächsten kantonalen Treibhausgasbilanz vorliegen, können die im KKP der ersten Generation umgesetzten Massnahmen beurteilt werden. Die einzelnen Achsen können dem Grad der Zielerreichung entsprechend abgeändert werden. Zudem können bei der Ausarbeitung des Massnahmenkatalogs des KKP der zweiten Generation auch neue Massnahmen in Betracht gezogen werden.

3.11.5 Kommentare zur Achse C Konsum und Wirtschaft

Die Grünen sind hinsichtlich der Achse C Konsum und Wirtschaft der Auffassung, dass die Frage nach einer systemischen Transformation der Wirtschaft, die notwendig ist, um dem Klimanotstand begegnen zu können, angegangen werden soll. Die Klima-Grosseltern wünschen, dass in allen Bereichen, in denen der Staat Aktionär, Kunde oder Partner eines Bereichs der fossilen Energien ist, Massnahmen zur Desinvestition eingefügt werden. SAIDEF AG ist der Ansicht, dass der KKP das Thema Abfälle nicht in ausreichendem Masse berücksichtigt. Dies betrifft insbesondere Massnahmen zur Unterstützung und Information der Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen, damit die Menge an Abfällen sowie deren Auswirkungen auf die Umwelt reduziert werden können.

Verschiedene Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft sowie zahlreiche Expertinnen und Experten haben sich an der Entwicklung der Massnahmen der Achse C beteiligt. Einige der von den Teilnehmenden genannten Ideen sind bereits Bestandteil des Massnahmenkatalogs. Der KKP sieht deshalb vor, dass die Finanzströme und Investitionen des Staats mit Hilfe der Massnahmen C.3.1 (Verstärkung der Investitionen und Finanzströme zugunsten des Klimas) und C.3.2 (Stärkung der klimatischen Kriterien bei öffentlichen Investitionen und öffentlichen Ausschreibungen des Staates) mit den Klimazielen in Einklang gebracht werden.

Dem Wunsch von einigen Teilnehmenden entsprechend, wird die Integration der Abfallthematik in die Massnahmen A.2.4 (Förderung von kurzen Lieferketten und Unterstützung des lokalen Konsums) und C.1.3 (Sensibilisierung der Bevölkerung für die mit dem Konsum verbundenen Klimawirkungen) verstärkt. Dieses Thema ist auch im Rahmen der Ausarbeitung einer neuen Abfallplanung Gegenstand einer allgemeinen Betrachtung.

Wenn die Ergebnisse der nächsten kantonalen Treibhausgasbilanz vorliegen, können die in der Achse C umgesetzten Massnahmen beurteilt werden. Die einzelnen Achsen können dem Grad der Zielerreichung entsprechend abgeändert werden. Darüber hinaus können bei Bedarf neue Massnahmen aufgenommen werden.

3.11.6 Kommentare zur Achse T Transversal

Die CVP und die Gemeinde La Roche sind hinsichtlich der Achse T Transversal der Auffassung, dass die Bildung im KKP nicht ausreichend berücksichtigt ist. Pro Velo ist der Ansicht, dass der KKP, falls dies nicht bereits der Fall ist, die Gelegenheit bieten soll, die Frage der klimatischen Herausforderungen, der Biodiversität, der Verwendung der Ressource Wasser sowie der Mobilität in die Bildung der Kinder zu integrieren. Der KUND wünscht, dass die Bildung/Sensibilisierung für Klimafragen auf alle Ebenen der Schulen, der Lehre und der Weiterbildung ausgeweitet wird. Pro Natura wünscht, dass die Massnahmen des KKP die Aufnahme der Themenbereiche Klima, Nachhaltigkeit, Biodiversität und Energie in die Schulen und Hochschulen fördern. Der S2 wünscht, dass der KKP nicht nur die obligatorische Ausbildung, wie in den Massnahmen T.2.1 (Unterstützung der Klimamassnahmen im Schulnetz21) und T.5.1 (Bekräftigung des Themas Klima im Bildungswesen), sondern auch die nachobligatorische Ausbildung berücksichtigt. Die GSD ist der Ansicht, dass der ethischen Verpflichtung der jüngeren Generation sowie den kommenden Generationen gegenüber bereits weiter vorne im Bericht Beachtung geschenkt werden soll.

Die klimatischen Herausforderungen sind über verschiedene Massnahmen in die Bildung von Kindern und Jugendlichen integriert: T.1.2 (Langsamverkehr und Gesundheit), T.1.3 (Unterstützung für den Wandel [Bewusstseinsbildung und Engagement]), T.2.1 (Unterstützung der Klimamassnahmen im Schulnetz21), T.5.1 (Bekräftigung des Themas Klima im Bildungswesen), T.6.2 (Unterstützung des Wettbewerbs «Le climat et moi»). Um die grösstmögliche Anzahl Schul- und Ausbildungsstufen erreichen zu können, sollen bei der Vorbereitung der Lancierung dieser Massnahmen die Kommentare der Teilnehmenden berücksichtigt werden. Ausserdem wird an mehreren Stellen des KKP auf die Wichtigkeit des mit dem Kampf gegen den Klimawandel verbundenen ethischen Engagements gegenüber der jüngeren Generation hingewiesen.

Zudem können bei der Ausarbeitung des Massnahmenkatalogs des KKP der zweiten Generation auch neue Massnahmen in Betracht gezogen werden.

3.12 Massnahmen

Insgesamt betrachtet wird der Grossteil der Massnahmen nicht in Frage gestellt. Folgende Massnahmen haben am meisten Kommentare erhalten: M.5.2. (13 Kommentare), A.3.1 (9 Kommentare), E.3.1 (9 Kommentare), C.1.3 (8 Kommentare), W.2.1 (8 Kommentare) und W.1.7 (7 Kommentare). Einige Organisationen wünschen auch hier die Aufnahme neuer Massnahmen.

3.12.1 Kommentare zur Massnahme M.5.2

Die Massnahme M.5.2 (Bewirtschaftung der Parkplätze von Einkaufszentren) führt zu zahlreichen Einsprachen von Unternehmen und insbesondere der Grossverteiler. 10 Vernehmlassungsadressaten (die HIKF, das Centre commercial Fribourg Centre, die Nordmann & Co. AG, Maus frères AG, espace.mobilité, die Société coopérative Migros Neuenburg-Freiburg, das Centre commercial Migros Agy Est, Avry Centre AG C/O, die Coop und Trade Freiburg) lehnen die Einführung der Massnahme M.5.2 strikt ab. Die Coop, die Migros sowie 7 weitere Unternehmen sind der Ansicht, dass es nicht möglich ist, diese Massnahme einzuführen und sie in Hinblick auf die Emissionsreduktion völlig ineffizient wäre. Die HIFK betont, dass sehr darauf geachtet werden muss, die Verbraucherinnen und Verbraucher, die zur Fortbewegung auf ein Auto angewiesen sind, nicht zu diskriminieren.

Die Massnahme M.5.2 (Bewirtschaftung der Parkplätze von Einkaufszentren) wird aufgrund der grossen Anzahl Einsprüche und ihrem recht geringen Potenzial zur Emissionsreduktion aus dem Massnahmenkatalog gestrichen. Der für diese Massnahme vorgesehene Betrag (20 000 Fr.) wird der Massnahme M.4.2 zugewiesen (Förderung der Einrichtung von Ladestationen für Elektroautos), bei der im Sektor Mobilität ein hohes Potenzial zur Emissionsreduktion besteht. Ausserhalb des Rahmens des KKP ist die Bewirtschaftung der Parkplätze grosser Einkaufszentren hingegen Gegenstand des Vernehmlassungsverfahrens über das Mobilitätsgesetz.

Was den motorisierten Individualverkehr sowie insbesondere die Pendelmobilität der Staatsangestellten anbelangt, kann gesagt werden, dass der KKP die Verkehrsverlagerung durch verschiedene Massnahmen fördert. Dabei handelt es sich um die Massnahmen M.2.2 (Unterstützung der Mobilitätspläne) und M.3.2 (Behebung des Vorteils

des Autos bei Reisen des Staatspersonals). Ausserhalb des Rahmens des KKP sieht zudem das sich aktuell in Vernehmlassung befindliche Mobilitätsgesetz eine Preiserhöhung für die Parkplätze der Staatsangestellten vor.

3.12.2 Massnahmen des KKP und des Massnahmenportfolios zugunsten der nachhaltigen Entwicklung

Der FGV und 11 Gemeinden stellen fest, dass das Thema städtische Hitzeinseln gleichzeitig Gegenstand einer Massnahme des Massnahmenportfolios zugunsten der nachhaltigen Entwicklung für die Gemeinden und dem KKP ist (Massnahmen S.1.3 und S.2.1).

Die Koordination zwischen der Strategie Nachhaltige Entwicklung und dem KKP wird schrittweise aufgebaut. Einige Themen werden auf komplementäre Weise von beiden Strategien erfasst, wobei darauf geachtet wird, Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Der KKP konzentriert sich dabei stets auf die klimatischen Herausforderungen, während die Strategie Nachhaltige Entwicklung übergeordnet ist und die Gesamtheit der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Themenbereiche beinhaltet.

Die Massnahme zu den Hitzeinseln aus dem Massnahmenportfolio zugunsten der nachhaltigen Entwicklung ist aus der Zusammenarbeit von der Nachhaltigen Entwicklung mit der Sektion Klima hervorgegangen. Was dieses spezifische Beispiel anbelangt, stellen das Massnahmenportfolio zugunsten der nachhaltigen Entwicklung für die Gemeinden und der KKP zwei verschiedene Instrumente eines auf Gemeindeebene besonders wichtigen Themas dar.

3.12.3 Kommentare zur Massnahme A.3.1

Was die Massnahme A.3.1 (Förderung einer kohlenstoffarmen und ausgewogenen Ernährung) anbelangt, wünschen der WWF Freiburg und die FRC mehr Ehrgeiz (Verpflichtung für Kantinen, ein vegetarisches Menü anzubieten oder Verpflichtung zum Label «Ama Terra»). Der PNR und die Gemeinde Val-de-Charmey möchten durch diese Massnahme die Versorgung der Kantinen mit regionalen Produkten fördern.

Die Massnahme A.3.1 (Förderung einer kohlenstoffarmen und ausgewogenen Ernährung) soll in der Gastronomie und im Hauswirtschaftsunterricht die Entwicklung einer kohlenstoffarmen Ernährung fördern. Ein zentraler Aspekt dieses Projekts ist deshalb die Förderung des Einsatzes regionaler Produkte und fleischloser Gerichte. Damit diese Massnahme zielstrebig umgesetzt werden kann, werden bei ihrer Lancierung die von den Teilnehmenden geäusserten Wünsche berücksichtigt.

3.12.4 Kommentare zur Massnahme E.3.1

Die Gemeinde Villars-sur-Glâne, die Grünen und der WWF sind, was die Massnahme E.3.1 (Energetische Sanierung des staatlichen Immobilienbestands) anbelangt, der Auffassung, dass der vorgesehene Betrag im Vergleich mit dem möglichen Potenzial des Bereichs gering ausfällt. Die CVP wünscht, dass der Staat Freiburg dem Beispiel des Bundes folgt, der in den nächsten 12 Jahren die Energieautonomie für die Immobilien der Bundesverwaltung anstrebt. Die HIFK ist hingegen der Meinung, dass diese Massnahme unnötig ist, da der Staat bereits bei der Renovierung seines Gebäudebestandes auf systematische Weise eine energetische Sanierung durchführt.

Da der Energieverbrauch der Staatsgebäude eine hohe Treibhausgas-Belastung mit sich bringt, hat sich der KKP das Ziel gesetzt, die energetische Sanierung des Gebäudebestandes des Staats zu unterstützen. Dieser Prozess ist ausserhalb des Rahmens des KKP bereits im Gang. Damit dieser Transformationsprozess intensiviert werden kann, werden derzeit auch Überlegungen über einen höheren Kredit für die energetische Sanierung des Immobilienparks des Staats Freiburg angestellt.

3.12.5 Kommentare zur Massnahme C.1.3

Die Grünen und die FRC äussern bezüglich der Massnahme C.1.3 (Sensibilisierung der Bevölkerung für die mit dem Konsum verbundenen Klimawirkungen) die Befürchtung, dass sie Schuldgefühle auslöst und kontraproduktiv ist. Die Grünliberalen sind der Auffassung, dass die Sensibilisierungskampagnen zu keinen schlüssigen Ergebnissen geführt haben, weshalb einschneidendere Massnahmen umgesetzt werden sollen. Die FKJF bietet bei der Ausarbeitung von Mitteln zur Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für diese Herausforderungen ihre Hilfe an.

Die Treibhausgasbilanz hat aufgezeigt, dass ein Grossteil der vom Kanton verursachten Emissionen mit dem Konsum in Zusammenhang steht. Daher muss der KKP Massnahmen anbieten, die bei den indirekten Emissionen ansetzen. Die Sensibilisierung stellt hierfür einen der wichtigsten Ansatzhebel des Staats Freiburg dar. Die im Rahmen dieser Massnahme durchgeführten Aktionen werden hingegen nicht zu den von den Teilnehmenden befürchteten Schuldgefühlen führen, da die «guten Beispiele» und die positiven Aktionen stärker betont werden. Im Rahmen der Umsetzung der Massnahmen wird auf die von der FKJF angebotene Hilfe eingegangen.

3.12.6 Kommentare zur Massnahme W.2.1

Die HIFK ist hinsichtlich der Massnahme W.2.1 (Unterstützung der Massnahmen, die die Sicherheit der Trinkwasserversorgung auf den Alpen gewährleisten) der Ansicht, dass der vorgesehene Betrag aufgrund der Trockenperioden der letzten Jahre nicht hoch genug ausfällt. Die ILFD betont, dass die Trinkwasserversorgung nicht die Biodiversität in Mitleidenschaft ziehen darf. Der WWF ist der Auffassung, dass Massnahmen zur Förderung der Viehzucht im KKP keinen Platz haben. Die FDP und die Grünen sind der Ansicht, dass bei dieser Massnahme nicht klar ist, welche Art von Aktionen geplant sind. SAIDEF AG und das ITA fragen sich, weshalb nur die Alpen von dieser Massnahme betroffen sind.

Es wird davon ausgegangen, dass der für die Umsetzung wirksamer Massnahmen veranschlagte Betrag im Zeitraum des KKP der ersten Generation ausreicht. Die Einbindung verschiedener Ämter und Direktionen in dasselbe Projektteam ermöglicht die Vermeidung von Interessenskonflikten, was besonders für den Schutz der Biodiversität gilt.

Was die Unterstützung der Viehzucht anbelangt, soll gesagt werden, dass der KKP alle Sektoren des Kantons darin unterstützen möchte, ihre Resilienz gegenüber dem Klimawandel zu stärken. Zudem soll darauf hingewiesen werden, dass, was die klimatischen Auswirkungen anbelangt, der Konsum lokal erzeugten Fleisches dem Import von Fleisch aus dem Ausland vorzuziehen ist. Zudem sieht der Massnahmenkatalog auch eine gewisse Anzahl Massnahmen zur Reduktion der durch den Landwirtschaftssektor, und insbesondere der Viehzucht, erzeugten Emissionen vor. Die Förderung einer kohlenstoffarmen und fleischlosen Ernährung wird auch von zwei weiteren Massnahmen gewährleistet (A.3.1 und C.1.3).

3.12.7 Kommentare zur Massnahme W.1.7

Zur Massnahme W.1.7 (Durchführung von Sensibilisierungsaktionen für eine sparsame Wasserverwendung) kann gesagt werden, dass die GSD, das BBA und Pro Velo die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen als Zielgruppe unterstützen.

Die Massnahme W.1.7 wird Kinder und Jugendliche in die verschiedenen Zielgruppen einbeziehen. Sie sind eine der Hauptzielgruppen solcher Sensibilisierungsmassnahmen.

3.12.8 Freiwillige Massnahmen

Der FGV und 11 Gemeinden haben zur Kenntnis genommen, dass die Massnahmen für die Gemeinden allgemein als Vorschläge und Empfehlungen formuliert sind und begrüssen dieses Vorgehen, da somit aus dem KKP auf kommunaler sowie interkommunaler Ebene keine finanziellen Verpflichtungen und Konsequenzen abgeleitet werden können. Auch der FAV erwartet, dass der KKP auf Anreize statt auf Verbote setzt. Pro Natura hingegen bedauert,

dass die Massnahmen des KKP nur Anreize setzen und ist der Auffassung, dass dies nicht dazu ausreicht, die Ziele zu erreichen.

Die Massnahmen des KKP der ersten Generation sind tatsächlich auf Mittel zur Unterstützung und Ermutigung ausgerichtet. Bei der Ausarbeitung des KKP der zweiten Generation soll anhand der Ergebnisse der nächsten Treibhausgasbilanz über die Wirksamkeit dieses Vorgehens diskutiert werden.

3.12.9 Priorisierung der Massnahmen

Die Gemeinde Hauteville und die ILFD sind der Auffassung, dass die Massnahmen nicht in ausreichendem Masse priorisiert wurden. Auch die HIFK wünscht einen sorgsamem Umgang mit den begrenzten finanziellen Ressourcen des KKP, während die CVP der Ansicht ist, dass der KKP vermeiden soll, bei zu vielen Bereichen mit ungenügenden Mitteln anzusetzen. Auch Trade Freiburg ist der Auffassung, dass zu viele Massnahmen vorgeschlagen werden und nur die Massnahmen beibehalten werden sollen, bei denen eine positive Auswirkung bewiesen und messbar ist. Die FDP ist der Auffassung, dass es ohne Wissen, auf welcher Grundlage die Massnahmen priorisiert wurden, schwierig ist, sich eine Meinung über den KKP zu bilden. Der FAV fordert weniger, aber gezieltere Massnahmen, damit die Ziele erreicht werden können.

Der KKP ist darauf ausgerichtet, in allen Bereichen, die vom Klimawandel betroffen sind oder die das Klima beeinflussen, parallel vorzugehen. In einem ersten Schritt enthalten die Themenbereiche dieser Strategie die aus den partizipativen Arbeiten hervorgegangenen Prioritäten zum Klimawandel. Nach einer ersten Bewertung der Massnahmen ist es möglich, die Wirkung bestimmter Massnahmen zu verstärken, abzuschwächen oder diese auch ganz zu streichen.

3.12.10 Vorschläge für neue Massnahmen

Einige Organisationen schlagen zusätzliche Massnahmen vor, die sich insbesondere auf die Achsen E Energie und Gebäude, A Landwirtschaft und Ernährung sowie M Mobilität beziehen.

Was die Achse E anbelangt, fordert die Bewegung Klimastreik ein Verbot von Ölheizungen, während SAIDEF AG vorschlägt, die öffentliche Beleuchtung während eines Teils der Nacht einzuschränken oder sogar zu verbieten. Geothermie Schweiz schlägt vor, den Bedarf des Kantons an Geothermieprojekten zu prüfen, um solche Projekte lancieren zu können. Der WWF wünscht eine Pflicht zur Sanierung zentraler Elektroheizungen.

SAIDEF AG schlägt hinsichtlich der Achse A vor, das Thema Lebensmittelverschwendung einzubeziehen und die Anlage städtischer Gärten zu fördern. Der WWF und die Klima-Grosseltern sind der Auffassung, dass der Übergang der Landwirtschaft hin zum biologischen Anbau unterstützt werden muss.

Was die Achse M anbelangt, schlägt das BBA vor, die Parkplätze der Verwaltung mit Ladestationen für Elektroautos auszustatten, während die Grünen wünschen, dass der KKP Massnahmen zur Schaffung auto- bzw. verbrennungsmotorenfreier Bereiche umsetzt. Die Bewegung Klimastreik spricht sich für eine kostenfreie Nutzung des öffentlichen Verkehrs aus.

Die Massnahmen wurden auf den neuesten verfügbaren Kenntnissen sowie den Ideen und dem Fachwissen zahlreicher vor Ort tätiger Akteurinnen und Akteure aufgebaut. Wenn die Ergebnisse der nächsten kantonalen Treibhausgasbilanz vorliegen, können die im KKP der ersten Generation umgesetzten Massnahmen beurteilt werden. Die einzelnen Achsen können dem Grad der Zielerreichung entsprechend abgeändert werden.

Die von den Vernehmlassungsteilnehmenden stammenden Ideen für neue Massnahmen werden bei der Ausarbeitung des KKP der zweiten Generation berücksichtigt.

4 Schlussfolgerung

4.1 Allgemeine Bewertung

Der zur Vernehmlassung vorgelegte Massnahmenplan wird vom Grossteil der Teilnehmenden befürwortet. Die meisten Vernehmlassungsteilnehmenden stellen weder die Struktur noch den Inhalt des Klimaplanes in Frage. An dem zur Vernehmlassung vorgelegten Dokument müssen deshalb bei der Erstellung der überarbeiteten definitiven Fassung, in welche die Kommentare der Teilnehmenden integriert werden, nur geringfügige Änderungen vorgenommen werden.

4.2 Wichtigste vorzunehmende Änderungen

4.2.1 Partizipativer Prozess

Die Wirtschaft, die Industrie, die Hochschulen sowie zahlreiche Vereine haben ihrem Wunsch Ausdruck verliehen, stärker in die mit dem KKP verbundenen Prozesse eingebunden zu werden. Bei der Umsetzung der Massnahmen dieses KKP sowie der Ausarbeitung des KKP der zweiten Generation werden Gespräche mit der Wirtschaft, der Industrie, den Hochschulen sowie den Vereinen geführt, damit mehr Organisationen beteiligt werden können. Im Rahmen der Gesetzgebungsarbeiten am kantonalen Klimagesetz ist die Einrichtung einer beratenden Kommission vorgesehen, an der sich insbesondere Wirtschaftsakteurinnen und -akteure sowie die Wissenschaft beteiligen sollen.

4.2.2 Monitoring der Auswirkungen der Massnahmen

Einige Organisationen haben die fehlende Quantifizierung der Wirksamkeit der Massnahmen bzw. die mangelnde Klarheit hinsichtlich des Monitorings des KKP kritisiert. Deshalb wird eine grafische Darstellung des bisherigen kantonalen Emissionsverlaufs sowie des Emissionsminderungspfades, durch den die Ziele erreicht werden können, eingefügt. Der Grad der Zielerreichung kann anhand der Ergebnisse der folgenden Treibhausgasbilanzen ermittelt werden. Hierzu wird die Menge an ausgestossenen Emissionen mit der vom Emissionsminderungspfad vorgesehenen Menge verglichen. Danach kann der KKP der zweiten Generation entsprechend des Grads der Zielerreichung des KKP der ersten Generation ausgearbeitet werden. Damit die in jedem Sektor zu leistenden Anstrengungen verständlicher werden, sieht die Massnahme T.1.1 für jede Achse des Pfeilers Verminderung die Festlegung von Unterzielen fest. Bei den hierfür geeigneten Massnahmen wird ausserdem zu Beginn der Umsetzung der erwartete Emissionsrückgang als Ergebnisindikator festgelegt. Und des Weiteren ist ein Monitoring jeder Massnahme auf der Grundlage eines Massnahmenblatts vorgesehen. Dieses Monitoring-Instrument sieht insbesondere eine genaue Planung der Etappen und der erwarteten Resultate vor, wie auch die Bestimmung verschiedener, speziell zur Messung eingesetzter Indikatoren (die Menge der THG-Emissionen einer spezifischen Aktivität oder die Anzahl installierter Ladestationen für Elektroautos).

4.2.3 Die Kosten des Nichthandelns

Da das Unterkapitel über die Kosten des Nichthandelns Probleme bereitet hat, wird es entsprechend der Antworten auf die Vernehmlassung überarbeitet. Insbesondere wird es um die nicht bezifferbaren Kosten und die positiven Auswirkungen des Klimawandels ergänzt. Zudem wird sein Inhalt durch weitere bibliographische Quellen gestützt.

4.2.4 Die Treibhausgasbilanz

Da das Kapitel zur Treibhausgasbilanz von manchen Teilnehmenden als schwer verständlich eingeschätzt wurde, wird eine vereinfachte Fassung der Ergebnisse auf die Website meinklimaplan.fr.ch aufgeschaltet.

4.2.5 Massnahmen des KKP

Einige Vorschläge für neue Massnahmen, Elemente von Massnahmen oder Wünsche zum Ausbau bestimmter Themen werden in die Massnahmen des KKP aufgenommen. Dies betrifft insbesondere den Ausbau von Themen wie

der Energieeffizienz, der Innovation im Landwirtschaftssektor oder der Abfallbewirtschaftung. Die anderen Vorschläge für neue Massnahmen werden bei der Ausarbeitung des KKP der zweiten Generation berücksichtigt.

A1 Anhang

A1.1 Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden

AAFR – Amt für Amt für Archäologie

Agglomeration Freiburg

Agroscope

AMA – Amt für den Arbeitsmarkt

Arbeitsgruppe Klima & Energie WWF Freiburg

ASS – Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt*

Avry Centre AG C/O

Bau und Betrieb des Wasser- und Gasnetzes SINEF AG

BBA – Amt für Berufsbildung

Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz

BFF AG

Centre commercial Freiburg Centre

Centre commercial Migros Agy Est

Centre ROSAS HTA-FR

Coop Schweiz

CVP Freiburg

DOA – Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht

EKSD – Direktion für Erziehung, Kultur und Sport

espace.mobilité

FAV Freiburger Arbeitgeberverband

FDP – Die Liberalen des Kantons Freiburg

Félicie Hammer

FGV – Freiburger Gemeindeverband

FIND – Finanzdirektion

FinV – Finanzverwaltung

FOA – Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht

FRC – Fédération romande des consommateurs, Sektion Freiburg

Freiburgische Rentnervereinigung

GeGA – Amt für Gesetzgebung

GemA – Amt für Gemeinden

Gemeinde Arconciel

Gemeinde Attalens

Gemeinde Bösingén

Gemeinde Broc

Gemeinde Châtel-Saint-Denis

Gemeinde Cheyres-Châbles

Gemeinde Corminboeuf

Gemeinde Cugy (FR)

Gemeinde Düdingen

Gemeinde Freiburg

Gemeinde Gibloux

Gemeinde Grandvillard

Gemeinde Granges-Paccot

Gemeinde Grolley

Gemeinde Hauteville

Gemeinde Haut-Intyamon

Gemeinde La Roche

Gemeinde Lully (FR)

Gemeinde Plaffeien

Gemeinde Rechthalten

Gemeinde Ried bei Kerzers

Gemeinde Romont

Gemeinde Sorens

Gemeinde St. Silvester

Gemeinde Val-de-Charmey

Gemeinde Villars-sur-Glâne

Gemeinde Vuadens

Geothermie Schweiz

GESA – Gruyère Energie AG

GFB – Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen

GRÜNE Freiburg

Grünliberale Partei des Kantons Freiburg

GSD – Direktion für Gesundheit und Soziales

Hans Schnell

HIKF – Handels- und Industriekammer des Kantons Freiburg

ILFD – Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft

ITA – Amt für Informatik und Telekommunikation

Klima-Grosseltern Freiburg

KlimaSeniorinnen

Klimastreik Freiburg

Kommission für den Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz (CENP)

KUND – Verein Kultur Natur Deutschfreiburg

Luc Brillard, Dozent, Department of Geosciences, UniFR

Maus frères AG

Nordmann & Co. AG

Oberamtännerkonferenz des Kantons*

Ökostrom AG

PNR – Parc naturel régional Gruyère Pays d'Enhaut

POA – Amt für Personal und Organisation*

Pro Natura Freiburg

PRO VELO Freiburg

REPER Freiburg

S2 – Service informatique du Secondaire 2

SAIDEF AG

Sektion Abfall und Altlasten, Sektor Abfall, Amt für Umwelt, AfU

SJD – Sicherheits- und Justizdirektion

SoA – Amt für Sonderpädagogik

Société coopérative Migros Neuenburg–Freiburg

SpA – Amt für Sport

SVP – Schweizerische Volkspartei Freiburg

Terroir Freiburg

Trade Freiburg

UNIFR – Universität Freiburg

Urs Nigg

Vereinigung der Verwaltungsangestellten der Gemeinden des Kantons Freiburg*

VHKM – Vereinigung der höheren Kader und Magistratspersonen des Staates Freiburg

VPOD Freiburg

VWD – Volkswirtschaftsdirektion

WWF Freiburg

*Teilnehmende, die angegeben haben, dass sie zum KKP nichts zu anmerken haben.

A1.2 Abkürzungsverzeichnis

AAFR – Amt für Archäologie

AfU – Amt für Umwelt

AMA – Amt für den Arbeitsmarkt

ASS – Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt

BAFU – Bundesamt für Umwelt

BBA – Amt für Berufsbildung

BFE – Bundesamt für Energie

CENP – Kommission für den Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz

COFIL – Lenkungsausschuss

CVP Freiburg

DOA – Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht

EKSD – Direktion für Erziehung, Kultur und Sport

EnGe – kantonales Energiegesetz

FAV – Freiburger Arbeitgeberverband

FBV – Freiburger Bauernverband

FDP – Die Liberalen des Kantons Freiburg

fgv – Freiburger Gemeindeverband

FIND – Finanzdirektion

FinV – Finanzverwaltung

FKJF - Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung

FOA – Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht

FPE - Fédération patronale et économique

FRC – Fédération romande des consommateurs, Sektion Freiburg

FTV – Freiburger Tourismusverband

GeGA – Amt für Gesetzgebung

GemA – Amt für Gemeinden

GESA – Gruyère Energie AG

GFB – Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen

GS – Generalsekretariat

GSD – Direktion für Gesundheit und Soziales

HIFK – Handels- und Industriekammer des Kantons Freiburg

ILFD – Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft

ITA – Amt für Informatik und Telekommunikation

KKP – Kantonaler Klimaplan

KUND – Verein Kultur Natur Deutschfreiburg

MobA – Amt für Mobilität

MuKen - Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich

PNR – Parc naturel régional Gruyère Pays d'Enhaut

POA – Amt für Personal und Organisation

S2 – Service informatique du Secondaire 2

SDG - Sustainable Development Goal

SJD – Sicherheits- und Justizdirektion

SoA – Amt für Sonderpädagogik

SpA – Amt für Sport

SVP – Schweizerische Volkspartei Freiburg

UNIFR – Universität Freiburg

VCS - Verkehrs-Club der Schweiz

VWD – Volkswirtschaftsdirektion

WNA – Amt für Wald und Natur